

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn, Åland-Inseln, Finnland, am 30. und 31. August 2010

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag

1. stimmt den von der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) in Mariehamn am 31. August 2010 verabschiedeten Beschlüssen (Anlagen 1 und 2) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu;
2. beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 19. BSPC, dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und insbesondere seinem entsprechenden nationalen Umsetzungsplan auf Landesebene, den Themenbereichen „Integrierte Maritime Politik“ sowie „Zivile Sicherheit und Menschenhandel“ weiter hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen;
3. begrüßt, dass wesentliche unter seinem Vorsitz erarbeitete Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe Integrierte Maritime Politik sowie Beschlüsse des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Bezug auf die Themenfelder „Infrastruktur und Verkehrsentwicklung“ sowie „Maritime Raumordnung“ von der 19. BSPC aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben;
4. begrüßt, dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM fortzusetzen; und
5. wird die damit verbundenen Aufgaben aktiv wahrnehmen und auch im kommenden Geschäftsjahr die Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen „Integrierte Maritime Politik“ sowie „Zivile Sicherheit und Menschenhandel“ aktiv unterstützen.

6. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt, die Integrierte Maritime Politik sowie die zivile Sicherheit und den Menschenhandel in der Ostseeregion einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen und den Landtag über die Entwicklungen auf diesen Gebieten in der Ostseeregion sowie über den Stand der Umsetzung von Forderungen und Maßnahmenvorschlägen im Land zu unterrichten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Harry Glawe und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Michael Roolf und Fraktion

Begründung:

Zusammenarbeit, Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt, Integrierte Maritime Politik in der Ostseeregion sowie der Ostseeraum als Region für Frieden und Sicherheit einschließlich der Bekämpfung des Menschenhandels waren die diesjährigen Schwerpunkte der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC), die mit mehr als 200 Teilnehmern aus 23 Parlamenten und parlamentarischen Vereinigungen unterschiedlicher Ebenen sowie einer Vielzahl von Experten, politischen Beobachtern und Gästen vom 29. bis 31. August 2010 im finnischen Mariehamn, der Hauptstadt der Region Åland, stattgefunden hat. Während der diesjährigen Konferenz wurden auch die Zwischenberichte, Arbeitsergebnisse und ersten politischen Handlungsempfehlungen der im Jahr 2009 eingesetzten Arbeitsgruppen „Integrierte Maritime Politik“ sowie „Zivile Sicherheit und Menschenhandel“ erörtert. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch die Präsidentin Sylvia Bretschneider und die Abgeordneten Renate Holznagel, Jochen Schulte, Detlef Müller, Dr. Armin Jäger und Birgit Schwebs vertreten.

Die Landtagsdelegation hat sich in Mariehamn insbesondere dafür eingesetzt, dass die maritime Sicherheit weiter verstärkt und außerdem geprüft werden soll, in welchem Umfang die geplante Verminderung des Schwefelanteils in Schiffstreibstoffen zu unzumutbaren Wettbewerbsnachteilen in der Ostseeregion führen kann, da diese Frage von erheblicher Bedeutung für die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist.

Als Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ stellte der Abg. Jochen Schulte die im vergangenen Geschäftsjahr auf der Grundlage von Expertenanhörungen erarbeiteten Ergebnisse und politischen Handlungsempfehlungen vor, die auch Eingang in die Konferenzbeschlüsse gefunden haben. Ein wesentlicher Diskussionsschwerpunkt dabei war die Verminderung des Schadstoffausstoßes durch den Seeverkehr. In diesem Zusammenhang wurde der Kurzstreckenseeverkehr als geeignete Alternative zu Landtransporten herausgestellt. Dies gelte vor allem dann, wenn zukünftig die bereits vorhandenen Vorschläge für eine umweltgerechte Schifffahrt (Green Shipping - z. B. landgestützte Stromversorgung der Schiffe in Häfen, Nutzung alternativer Treibstoffe und emissionsarmer Techniken im Schiffsbetrieb, verstärkte Nutzung und Ausbau von Hafenauffangkapazitäten etc.) umgesetzt würden.

Erneut wurde in diesem Zusammenhang auch die Forderung zum verbindlichen Einsatz von Lotsen in schwierig zu befahrenden Seegebieten erörtert. Bisher gibt es nur eine Empfehlung der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) für den freiwilligen Lotseneinsatz auf Öltankern und Gefahrgutschiffen ab einem Tiefgang von 11 Metern. Begründet wurde diese Forderung damit, dass angesichts von Havarien auf der Ostsee und von mehr als 65.000 Schiffsbewegungen pro Jahr gerade in Risikogebieten weiterer Handlungsbedarf besteht, auch wenn schon eine Reihe von Verbesserungsmaßnahmen zur Erhöhung der maritimen Sicherheit, insbesondere in der Kadetrinne, vorgenommen worden sind.

Abg. Dr. Armin Jäger hat den Landtag in der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit und Menschenhandel“ vertreten. Primäres Ziel dieser AG ist es, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Opfer von Menschenhandel zu finden. Im Rahmen der Konferenz hatte auch diese Arbeitsgruppe erste Ergebnisse ihrer Aktivitäten vorgestellt, die ebenfalls Berücksichtigung in der verabschiedeten Resolution gefunden haben.

Die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte der in der Resolution an die Regierungen, den Ostseerat sowie an die EU gerichteten Handlungsempfehlungen beziehen sich darauf, im Hinblick auf die regionale Zusammenarbeit zu prüfen, inwieweit der Ostseerat und die BSPC ihre Zusammenarbeit weiter vertiefen und damit den europäischen Reformprozess unterstützen können, des Weiteren auf die Aufforderung, die im Rahmen des HELCOM-Ostseeaktionsplans eingegangenen Verpflichtungen - einschließlich der Vorlage nationaler Umsetzungspläne - zu erfüllen und dafür auch national ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sowie darauf, sich für den Abbau von Arbeitsmarkthindernissen für Arbeitnehmer und Unternehmen im grenzüberschreitenden Kontext einzusetzen.

Nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels und dem Verlust der biologischen Vielfalt soll verstärkt durch einen ökosystemorientierten Ansatz in allen Bereichen des menschlichen Handelns begegnet werden. Darüber hinaus sollen Maßnahmen eingeleitet werden, den Wasserstraßen ihren naturnahen Charakter wiederzugeben, um die Lebensbedingungen wandernder Tierarten zu verbessern, die Einführung nichteinheimischer/invasiver Tier- und Pflanzenarten durch Ballastwasser von Schiffen mit geeigneten Maßnahmen zu verhindern sowie bedrohte Arten vor den negativen Auswirkungen der legalen und illegalen Fischerei zu schützen.

Im Hinblick auf die Integrierte Meerespolitik wird gefordert, neue Maßnahmen und den Einsatz neuer Techniken zur Reduzierung von schädlichen Emissionen aus dem Schiffsbetrieb zu unterstützen. Dies soll insbesondere durch die Ausweitung des Kurzstreckenseeverkehrs und Anwendung von Maßnahmen aus dem Bereich des „Clean Baltic Shipping“ sowie durch die Einführung emissionsarmer Techniken erfolgen. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit gesehen, dass der Lotseneinsatz in gefährlichen Gewässern von der IMO verbindlich vorgeschrieben wird. Weitere Ziele der BSPC in diesem Zusammenhang sind die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die Verknüpfung des TEN-T-Kernnetzes mit wichtigen intermodalen Knotenpunkten von strategischer Bedeutung und deren Anbindung an das russische Transportnetz. Des Weiteren sollen regionale und nationale Öl- und Schadstoffunfallbekämpfungskapazitäten ausgebaut und gemeinsam besser genutzt werden.

Frieden und Sicherheit in der Ostseeregion sollen durch eine Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung für potentielle Risiken weiterentwickelt werden. Ebenso sollen in diesem Zusammenhang gemeinsame Strategien und Aktionsprogramme zur Verhütung und Bewältigung von Bedrohungen für die zivile Sicherheit gefördert werden. Dem Menschenhandel soll dadurch begegnet werden, dass alle internationalen Übereinkommen und Protokolle unterzeichnet und ratifiziert sowie die nationalen Gesetze dahingehend überprüft und geändert werden, dass Menschenhandel mit rechtlichen Mitteln effektiv bekämpft werden kann. Zusätzlich soll ein von allen Ostseeanrainerstaaten handhabbares System für die Erfassung von Daten, deren Analyse und Weiterleitung entwickelt werden, mit dem Ziel, Menschenhandel besser zu erkennen, Täter zu bestrafen und Opfer auf die bestmögliche Art und Weise zu schützen. Des Weiteren wird gefordert, dass die operativen Kapazitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels vor Ort durch Kooperationsmodelle zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren besser unterstützt und gefördert werden.

Die Geschäftsordnung der BSPC wurde durch die Ergänzung eines Anhangs dahingehend erweitert, dass für die Einbeziehung, die Beteiligung und den Ausschluss von Beobachtern politischer Organisationen sowie staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen in die Konferenzarbeit klare Regeln aufgestellt worden sind. Diese Notwendigkeit hatte sich aus

dem Wunsch des weißrussischen Parlaments ergeben, das um einen Beobachterstatus bei der BSPC ersucht hat.

Die aus der Anlage 1 ersichtliche Resolution sowie die geänderte Geschäftsordnung (Anlage 2) hat die Konferenz einstimmig angenommen. Ebenso wurde dem Arbeitsprogramm für das kommende Jahr zugestimmt.

Gastgeber der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 30. August 2011 wird das finnische Parlament in Helsinki sein.

Konferenzöffnung

Roger Nordlund (Präsident des åländischen Parlaments) eröffnete die Konferenz und unterstrich die Bedeutung und den verbindenden Charakter der Ostsee für die Region. Darüber hinaus erläuterte er den besonderen politischen und wirtschaftlichen Status der Åland-Inseln als autonome „Landschaft“ Finnlands. Für Letzteres seien die geographische Lage der Inselgruppe sowie deren Ausweisung als entmilitarisiertes Gebiet seit den 1920er-Jahren gewesen. Er hob abschließend hervor, dass die Meere und insbesondere die Ostsee grundlegende Bedeutung für die Wirtschaft der Åland-Inseln hätten.

Harry Jansson (Mitglied des Ständigen Ausschusses der BSPC, Åland) unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit aller Ostseeanrainerstaaten und führte weiter aus, dass Umwelt- und Sicherheitsaspekte im Fokus der Regionalpolitik stünden. Insofern beteilige sich das Parlament aktiv in den derzeit aktiven Arbeitsgruppen der BSPC. Für ihn sei das Meer die wichtigste Lebensader der Inselgruppe, das auch maßgeblich das Leben der Bewohner bestimme. Im Weiteren verwies er darauf, dass wesentliche Infrastrukturinvestitionen in den Bereich der regionalen Windenergienutzung geflossen seien, um die Umwelt zu schonen. Für die zukünftige erfolgreiche Entwicklung der Ostseeregion seien verstärkte Aktivitäten und Anstrengungen in allen Anrainerstaaten notwendig. Seine Aufforderung richtete er dabei insbesondere an die Vertreter der Russischen Föderation.

1. Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Christina Gestrin (Finnland) machte als Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz darauf aufmerksam, dass vor allem Umweltprobleme den ökologischen Zustand der Ostsee negativ beeinträchtigten und diese politisch intensiv erörtert würden. Bezug nehmend auf die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko unterstrich sie die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung auf solche Katastrophen, zumal Volumen und Anzahl der Öltransporte auf der Ostsee bis zum Jahr 2015 um bis zu 70 % zunehmen könnten. Viele Seegebiete seien von der Eutrophierung und dem Rückgang der biologischen Vielfalt stark betroffen. Gewählte Volksvertreter hätten die Aufgabe und das Mandat, die Ostsee zu schützen und sich für den Wohlstand der Menschen in der Region einzusetzen. Jedoch solle sich auch jeder Einzelne selbst um den Schutz der Ostsee bemühen. Die weltweite Finanzkrise dürfe nicht als Ausrede dafür herhalten, dass Finanzmittel für notwendige Maßnahmen im Ostseeraum reduziert würden. Die Regierungen seien gehalten mitzuhelfen, Entwicklungen zu fördern, die einen Gewinn oder Nutzen für die Ostseeregion brächten. Sie führte weiter aus, dass Kontakte der BSPC zu anderen Organisationen stetig zunähmen. Insbesondere die Kooperation mit dem Ostseerat (CBSS) verlaufe pragmatisch und konstruktiv. Sie unterstrich auch, dass die Konferenz die Regierungen der Ostseerainerstaaten seit längerem auffordere, für eine Intensivierung der Kontakte zwischen verschiedenen Initiativen einzutreten und diese mit finanziellen und anderen Ressourcen zu unterstützen. Außerdem gebe es direkte Kontakte mit der NDPHS (Nordic Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being), um die praktische Kooperation aufzunehmen; darüber hinaus unterstütze man den „HELCOM Baltic Sea Action Plan – BSAP“. Die Ostseestrategie der Europäischen Union bewertete sie als effektive Ergänzung für die bereits vorhandenen Programme der Region. Zukünftig solle man zu einer völlig gleichberechtigten Partizipation aller Anrainerstaaten im Ostseeraum kommen. Des Weiteren führte sie aus, dass die BSPC als Partner des „Baltic Sea Labour Network - BSLN“ mit der Intention fungiere, in einen regelmäßigen Dialog zu treten und zu kooperieren. Die „Nordic Investment Bank - NIB“ sowie die „Nordic Environment Finance Corporation - NEFCO“ hätten einen Fonds für Umweltmaßnahmen eingerichtet, um insbesondere Maßnahmen des HELCOM-BSAP zu unterstützen, welcher von der BSPC ebenfalls unterstützt werde. Insgesamt sei zu verzeichnen, dass die Anzahl der politischen Arbeitsgruppen zunehme und von diesen fachliche Beiträge für die Resolutionen erarbeitet würden. Die BSPC habe mittlerweile eine gefestigte Struktur mit etablierten externen Kooperationspartnern und Informationsflüssen. Hinsichtlich der internen Organisation stellte sie fest, dass die Finanzierung des BSPC-Sekretariates zwar bis Ende 2010 abgesichert sei, jedoch zukünftig eine moderate Erhöhung der Mitgliedsbeiträge nicht zu vermeiden sei. Abschließend schlug sie vor, die Ostseeparlamentarierkonferenz in Anlehnung an den Ostseerat in „Ostseeparlamentarierrat“ umzubenennen.

Erik Lahnstein (Staatssekretär im norwegischen Außenministerium) bezeichnete als Vertreter des Ostseerates die Parlamente als wichtige Schnittstelle zu den Regierungen der Anrainerstaaten. In diesem Zusammenhang verwies er auf die gute Zusammenarbeit seines Landes als Nicht-EU-Mitglied mit der Europäischen Union, die durch den Europäischen Binnenmarkt, aber auch durch die multilaterale Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen der Nördlichen Dimension gewährleistet werde. Norwegen selbst verfolge drei Prioritäten: die maritime Politik, den Kampf gegen Menschenhandel und die Entwicklung des CBSS zu einer durchsetzungsfähigen Organisation. Für eine internationale Kooperation sei die parlamentarische Unterstützung unabdingbar.

Deshalb forderte er die Arbeitsgruppe der BSPP auf, eng mit den korrespondierenden Arbeitsgruppen des Ostseerates zusammenzuarbeiten. Gerade die Seeschifffahrt und deren nachgelagerte Bereiche seien für die ökonomische Entwicklung der Ostseeregion von sehr großer Bedeutung. Jedoch dürfe man die negativen Effekte einer intensiven Nutzung der Ostseeregion als Wirtschaftsraum nicht verdrängen, wie z. B. Schadstoffemissionen und Öleinträge über den Luft- und Wasserpfad. Deshalb liege die Priorität der norwegischen CBSS-Präsidentschaft in der Nutzung und dem Absatz von flüssigem Erdgas (Liquid Natural Gas - LNG). Dafür müsse allerdings eine vollständig neue Infrastruktur in der Ostseeregion eingerichtet werden. Außerdem wolle man maritime Wirtschaftskluster ausbauen, um so zur Vernetzung der einzelnen Regionen und zum Dialog zwischen Politik und Wirtschaft beizutragen. In diesem Zusammenhang verwies er auf den derzeitigen Aufbau eines maritimen Datennetzwerkes mit Links, Informationen und Dokumenten. Hinsichtlich des Themas „Zivile Sicherheit“ forderte er die Anrainerstaaten auf, die „Europäische Konvention gegen Menschenhandel“ zu ratifizieren. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass sich Norwegen bei diesem Thema auf die Bekämpfung des Menschenhandels - insbesondere von ausländischen Arbeitern - konzentrieren werde. Derzeit sei festzustellen, dass illegale Beschäftigungen oftmals Menschen verachtende Arbeitsbedingungen zur Folge hätten. Vor diesem Hintergrund werde die zuständige CBSS-Projektgruppe (Task Force against Trafficking in Human Beings) in Zusammenarbeit mit Arbeits-/Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften ein Handbuch erarbeiten, um diese verdeckte und moderne Form der Sklaverei anzuprangern und für jedermann sichtbar zu machen. Ebenfalls solle in naher Zukunft eine Untersuchung darüber erfolgen, wie sich die diesbezügliche Gesetzgebung in den einzelnen Anrainerstaaten unterscheide und umgesetzt werde. Darüber hinaus werde man sich zukünftig stärker Kindern und Jugendlichen widmen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind.

Diana Wallis (Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments) konstatierte, dass die BSPP seit nunmehr fünf Jahren den politischen Druck auf die nationalen Regierungen in der Ostseeregion verstärke, um ihren politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Dieser Druck müsse auch in Zukunft aufrechterhalten werden. In Bezug auf die EU-Ostseestrategie stellte sie fest, dass diese Schritt für Schritt realisiert werde und die Ostseeregion als Modellfall für andere europäische Großregionen, wie beispielsweise der Donauregion, diene. Derzeit stehe man vor der Aufgabe, rund 80 so genannte „Leuchtturmprojekte“ umzusetzen. In diesem Zusammenhang kündigte sie an, dass die Europäische Kommission in der zweiten Jahreshälfte 2011 dazu einen Bericht vorlegen werde. Abschließend informierte sie darüber, dass die Europäische Union zukünftig in der Ostseeregion insbesondere Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Umweltbereich unterstützen werde.

Anne Christine Brusendorff (HELCOM-Exekutivsekretärin) erläuterte die Schwerpunkte und Ziele des HELCOM-Ostseeaktionsplanes (Baltic Sea Action Plan - BSAP). Sie konstatierte, dass die Ostsee noch immer durch Nähr- und Schadstoffeinträge stark belastet werde, obwohl die Stickstoff- und Phosphateinträge seit 1990 signifikant zurückgegangen seien. Letzteres stehe aber auch im Zusammenhang mit regenarmen Jahren und einem geringeren Oberflächenabfluss im Einzugsgebiet der Ostsee. Die Erfolge bei der Reduktion von Stickstoffeinträgen seien größer als bei Phosphateinträgen, die noch deutlich zu hoch seien und oberhalb der Ziellinie lägen. Die Bereiche „zentrale Ostsee“ und „westliche Ostsee“ seien durch landwirtschaftliche Einträge am stärksten belastet. Der Bottnische Meerbusen weise dagegen nur wenige Eutrophierungserscheinungen auf.

Berechnungen zufolge würde sich der volkswirtschaftliche Nutzen, der aus einer ökologisch „gesunden“ Ostsee resultiere, auf ca. fünf Milliarden Euro im Jahr belaufen. Des Weiteren stellte sie heraus, dass es in der Ostseeregion noch immer zu wenige Schutzgebiete gebe, in denen Maßnahmen mit dem Ziel umgesetzt würden, die Artenvielfalt zu verbessern und Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu schützen. Dies stehe im Widerspruch zu internationalen Festlegungen der Vereinten Nationen. Darüber hinaus vernichte die intensive Fischerei mit Grundschleppnetzen viele Lebensräume in der Ostsee. Im Hinblick auf den zunehmenden Seeverkehr forderte sie, die dadurch bedingten Schadstoffemissionen weiter zu verringern und die Häfen stärker als bisher mit ausreichenden Entsorgungseinrichtungen für Abfälle und Abwasser - insbesondere für Kreuzfahrtschiffe - auszustatten.

Jaako Henttonen (Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension - NDEP, Northern Dimension Environmental Partnership) erläuterte die Verknüpfungen der EU-Ostseestrategie mit den Zielen der NDEP: Dies seien die Verringerung des Nähr- und Schadstoffeintrages in die Ostsee, eine enge Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, die Einbeziehung Weißrusslands in gemeinsame Initiativen sowie die Bereitstellung von Finanzmitteln für prioritäre Maßnahmen, wie beispielsweise den Bau von kommunalen Kläranlagen. Er führte weiter aus, dass maßgebliche Phosphateinträge in die Ostsee durch die polnische Landwirtschaft und russische Geflügelmastanlagen verursacht würden. Darüber hinaus seien noch zu wenige Kläranlagen in St. Petersburg und Kaliningrad errichtet worden. Er bewertete die NDEP als effizientes und erfolgreiches Modell, mit dem derzeit insgesamt 16 Maßnahmen gefördert würden, die eine Phosphatreduktion von 1.840 t und Stickstoffreduktion von 5.568 t im Jahr zur Folge hätten.

Jean-Marc Venineaux (Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission) schilderte den bisherigen Umsetzungsprozess der EU-Ostseestrategie. Der Europäische Rat habe der Strategie im vergangenen Jahr zugestimmt und die Ostseeanrainerstaaten aufgefordert, sich an der Umsetzung zu beteiligen. Zwar befinde man sich erst in der ersten Umsetzungsphase, jedoch seien bereits Lenkungsgruppen gebildet worden. Er informierte darüber, dass vom 14. bis 15. Oktober das erste Jahresforum zur Umsetzung der Strategie stattfinden und ein vorläufiger Zwischenbericht vorgelegt werde. Der endgültige Bericht sei für das Jahr 2011 vorgesehen. Abschließend konstatierte er, dass ein hoher politischer Druck notwendig sei, um die Ostseestrategie erfolgreich umsetzen zu können.

Dr. Mathias Bergman (Generalsekretär der Ostseeaktionsgruppe) betonte, dass die Einleitung von Nähr- und Schadstoffen das Hauptproblem für die Ostsee darstelle. Ein weiterer Problempunkt sei der zunehmende Seeverkehr und die damit erforderliche Verkehrsüberwachung und -lenkung. In diesem Zusammenhang gebe es noch immer Handlungsbedarf, um die unterschiedlichen Systeme zu harmonisieren und kompatibel zueinander zu machen. Er informierte darüber, dass derzeit eine Software entwickelt werde, um über den Datenaustausch mittels AIS (Automatic Identification System) die Überwachungs- und Verkehrsleitsysteme für Schiffe zu verbessern.

Während der Plenardebatte äußerte **Mikhail Orda** den Wunsch des weißrussischen Parlaments, analog zum Ostseerat zukünftig einen Beobachterstatus auch bei der BSPC zu erhalten, da es viele Berührungspunkte gebe und man an einer engeren Zusammenarbeit interessiert sei. Rund 60 % des weißrussischen Außenhandels werde mit den Ostseeanrainerstaaten betrieben. Auch rund 50 % des Süßwasserabflusses Weißrusslands gelange in die Ostsee. Er betonte, dass sich Weißrussland der Umsetzung des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz verpflichtet fühle. Darüber hinaus warb er dafür, die parlamentarischen Beziehungen zwischen Weißrussland und den Ostseeanrainerstaaten zu entpolitisieren.

Sinikka Bohlin (Schwedischer Reichstag) kritisierte, dass der parlamentarischen Arbeit die regierungsseitige Aufmerksamkeit fehle und dass Abgeordnete zu häufig nicht in die Aktivitäten der Regierungen mit einbezogen würden. Sie unterstrich weiterhin die Notwendigkeit, den HELCOM-BSAP sowie Maßnahmen der Nördlichen Dimension politisch und finanziell stärker zu unterstützen. Des Weiteren mahnte sie zu einer systematischen Arbeit zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie.

Im Hinblick auf die stetige Arbeit der Gremien der BSPC, wie beispielsweise des Ständigen Ausschusses, des Erweiterten Ständigen Ausschusses sowie der Arbeitsgruppen, unterstützte **Vatanyar Yagya** vom Parlament der Stadt St. Petersburg den Vorschlag von Abg. Christina Gestrin, die Ostseeparlamentariertagung in „Ostseeparlamentarierrat“ umzubenennen. Die Konferenz selbst sei nicht nur ein jährliches Zusammentreffen von Abgeordneten zum Kennenlernen und Informationsaustausch. Er stellte die Fragen in den Raum, warum es im Rahmen der EU-Ostseestrategie 80 Leuchtturmprojekte gebe, deren Finanzierung nicht abschließend gesichert sei, und wie diese erfolgreich mit der Nördlichen Dimension verknüpft werden könnten. Grundsätzlich gebe es für ihn zu viele Überschneidungen von Projekten und Maßnahmen in der Ostseeregion. Hier müsse die Koordination verbessert werden.

Anita Brodén (Schweden) betonte, dass es viele Erkenntnisse über den schlechten ökologischen Zustand der Ostsee gebe. Für sie sei es an der Zeit, Entscheidungen und nicht Diskussionen in den Fokus der Politik zu stellen. Mit Blick auf die Eutrophierung forderte sie den Einsatz einer Arbeitsgruppe, die sich insbesondere mit dem Problem der fehlenden Kläranlagen in der Ostseeregion befasse.

Georgy Leontiev (Russische Staatsduma) monierte in diesem Zusammenhang, dass die Verhandlungen in Kopenhagen anlässlich der Weltklimakonferenz (COP 15) für ein Nachfolgedokument des Kyoto-Protokolls zu keinem Ergebnis geführt haben. Ziel der Russischen Föderation sei es, die eigenen Emissionen um 30 % zu reduzieren. Er forderte die so genannten Schwellenländer - aber ebenso die Vereinigten Staaten - auf, diesem Beispiel zu folgen. Er schlug zudem vor, die Modernisierung der Energienetze voranzutreiben und in diesem Zusammenhang einen Technologiepark in Kaliningrad einzurichten. Ebenso solle dabei die zukünftige Nutzung der Kernenergie berücksichtigt werden. Abschließend unterbreitete er den Vorschlag, ein europäisches System zur Bekämpfung von Naturkatastrophen aufzubauen.

Antti Kaikkonen (Finnland) stellte die Bedeutung sowohl von nationalen als auch von regionalen Parlamenten bei der Bekämpfung der Umweltverschmutzung in der Ostseeregion heraus. Er betonte ebenso, dass der Wissenstransfer innerhalb dieser Region verstärkt und ein fairer Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Umwelt erzielt werden müsse. Die vorhandenen finanziellen Mittel seien besser zu nutzen und gerechter zu verteilen.

Franz Thönnies (Deutscher Bundestag) warb um eine bessere politische und finanzielle Unterstützung der im Rahmen der EU-Ostseestrategie von der Kommission avisierten „Leuchtturmprojekte“. Derzeit seien schon 24 Projekte auf den Weg gebracht worden, in die auch Nicht-EU-Mitglieder einbezogen seien. Darüber hinaus appellierte er, dass sich die in der BSPC vertretenen Parlamente gegenseitig über die Umsetzung der in den jährlichen Resolutionen enthaltenen Handlungsempfehlungen unterrichteten.

2. Sitzungsabschnitt: Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt in der Ostseeregion

Prof. **Dr. Erik Bonsdorff** (Åbo-Akademie Finnland) führte aus, dass der weltweit zu beobachtende Klimawandel eine nicht zu verleugnende Bedrohung für den Menschen und die Natur darstelle. Es sei endlich an der Zeit, zu handeln. Das Schmelzen der Polkappen sowie der Inlandsgletscher würde durch den prognostizierten Anstieg der durchschnittlichen Temperatur um 2 bis 4,5 °C zu einem Verlust der Artenvielfalt sowie zu einem Anstieg des Meeresspiegels führen. Der schlechte ökologische Zustand der Ostsee sei auch direkt mit dem Klimawandel verbunden. Er konstatierte, dass die Ergebnisse von Maßnahmen, die heute eingeleitet werden, erst in 30 Jahren sichtbar würden und dass man die ökologische Sukzession der Ostsee nicht umkehren könne. Er stellte zudem heraus, dass es äußerst schwierig sei, dem Klimawandel mit einfachen und isolierten Maßnahmen zu begegnen. Die zunehmende Eutrophierung sei untrennbar mit schädlichen Algenblüten und einer Sauerstoffverarmung der Ostsee verbunden. Dies bedeute beispielsweise auch, dass der Ostseefischerei die wirtschaftliche Grundlage entzogen werde. Abhilfe könne die Einrichtung von Ostseeschutzgebieten schaffen, die als Keimzellen für Biodiversität und als Rückzugsräume für bedrohte Arten fungieren könnten.

Anne Christine Brusendorff (Exekutivsekretärin HELCOM) verwies auf den Umstand, dass die Ostsee aufgrund ihrer spezifischen hydrographischen und morphologischen Bedingungen (austauscharmes Brackwassermeer und Beckenstruktur) im Gegensatz zu anderen Meeren ein vergleichsweise artenarmes Meer sei und daher der Artenverlust mit gravierenden Auswirkungen einhergehe. Insofern sei der Erhalt von Arten überaus wertvoll, um das Ökosystem Ostsee zu stärken. Zwar sei es erfreulich festzustellen, dass sich das Ausmaß der Verschmutzung in den vergangenen Jahren verringert habe, aber sie schlussfolgerte dennoch, dass - trotz der teilweisen Erholung von Flora und Fauna - die derzeitigen Bemühungen zum Schutz der Ostsee nicht ausreichend seien. Insbesondere die kommerzielle Fischerei und der Seeverkehr wirkten sich belastend auf die Ostsee aus. Sie forderte die BSPC auf, dafür einzutreten, dass in der Ostseeregion eine einheitliche Datengrundlage für Maßnahmen geschaffen, eine harmonisierte Raumplanung umgesetzt und letztlich die Einleitung von schädlichen Stoffen in die Ostsee drastisch reduziert werde.

Maria Staniszevska (Ökologischer Verein Gleiwitz) bestätigte eingangs die Aussagen ihrer Vorrednerin und erläuterte insbesondere die Auswirkungen der Erhöhung der durchschnittlichen Wassertemperatur, die ihrerseits erhebliche Auswirkungen auf biologische Prozesse haben werde. Im Wesentlichen wirkten die Faktoren Wassertemperatur, geringer Salzgehalt sowie zunehmender Nährstoffgehalt in der Ostsee kumulativ. Das Ergebnis seien Algen- und Blaualgenblüten. Gerade von Letzteren könnten Gefahren für Mensch und Tier ausgehen. Sie unterstrich die Notwendigkeit, insbesondere Schadstoffeinleitungen aus der Industrie, der Landwirtschaft und aus den Kommunen mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Zwischenbericht der BSPC-Arbeitsgruppe Integrierte Maritime Politik

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“, **Jochen Schulte**, stellte die thematischen Schwerpunkte sowie wesentliche Ergebnisse der von der Arbeitsgruppe durchgeführten Sitzungen und Expertenanhörungen im Rahmen eines Zwischenberichtes vor. Für die maritime Raumordnung hob er die Notwendigkeit hervor, diese zukünftig gemeinsam zu entwickeln, damit grenzüberschreitende Interessenkonflikte vermieden werden könnten. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Ostseehäfen zu garantieren, müsse man deren Hinterlandanbindung besser mit den transeuropäischen Verkehrsachsen verknüpfen, wobei auch das russische Verkehrsnetz mit einzubeziehen sei. Er führte weiter aus, dass die Maßnahme, die Ostsee als Schwefelüberwachungsgebiet (SECA) auszuweisen, grundsätzlich begrüßt worden sei. Jedoch müsse man beachten, dass eine Erhöhung der Treibstoffkosten eine Verlagerung des Warentransports vom Seeweg auf die Straße nach sich ziehen könnte. Daher sei es unerlässlich, auch andere europäische Meeresregionen, wie die Mittelmeer- und Schwarzmeerregion und den Nordostatlantik, ebenfalls zu Überwachungsgebieten zu erklären, um regionale Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Insofern habe die Arbeitsgruppe diese Forderung der BSPC aus dem vergangenen Jahr konsequent hervorgehoben. Er führte weiter aus, dass die Arbeitsgruppe insbesondere den Kurzstreckenseeverkehr als eine vergleichsweise umweltfreundliche und preiswerte Transportform gegenüber dem Landverkehr herausgestellt habe, der durch die Verwendung alternativer Treibstoffe den Ausstoß von schädlichen Emissionen senken könne. Die Alternative zur Energieversorgung in Häfen sei Landstrom. Als Anreiz, diese Form der Energieversorgung zu nutzen, könnte diese von der Stromsteuer befreit werden, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Weiterhin hob er hervor, dass durch eine umfassende Datenkommunikation, stringente Verkehrsüberwachungen und den verbindlichen Einsatz von Lotsen die maritime Sicherheit weiter erhöht werden könne. Eine lückenlose Verkehrsüberwachung und Verkehrslenkung könne durch eine Harmonisierung der ostseeweiten Schiffsüberwachungs- und Verkehrsleitdienste verbessert werden. Wichtig dabei sei jedoch, dass die jeweiligen nationalen Systeme miteinander kompatibel seien. Der verbindliche Einsatz von Lotsen bringe eine zusätzliche Sicherheit, wobei beim Kurzstreckenseeverkehr zu prüfen sei, ob auf den Lotseneinsatz nicht verzichtet werden könne, wenn das Schiffsführungspersonal über ausreichende Kenntnisse der Seeverkehrsflächen verfüge. Im Fortgang seiner Ausführungen skizzierte er mögliche Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr. Dies seien Möglichkeiten des Einsatzes neuer Schiffsbetriebstechniken, die Reduzierung des Treibstoffverbrauchs und schädlicher Emissionen sowie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseehäfen.

Als Vertreter des Europäischen Parlaments erläuterte **Werner Kuhn** den Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission (KOM) zur Integrierten Maritimen Politik (IMP). Die Grundlage dafür seien das von der KOM im Oktober 2007 verabschiedete Blaubuch mit einem entsprechenden Aktionsplan sowie der Auftrag des Europäischen Rates Ende 2007 gewesen. Als Ziele seien erstens die stärkere Integration der Verwaltungs- und Lenkungsstrukturen, zweitens der Aufbau der erforderlichen Wissensbasis, drittens die Optimierung sektoraler Politiken und viertens Lösungen, die die Besonderheiten der europäischen Randmeere berücksichtigen, definiert worden. Der Aktionsplan zielt auf übergreifende Maßnahmen in allen meeresrelevanten Politikbereichen ab, wie beispielsweise der Verkehrs-, Umwelt-, Energie-, Industrie-, Beschäftigungs-, Forschungs-, Fischerei- und Außenpolitik, um Interessenkonflikte zwischen den einzelnen Sektoren zu vermindern.

Dazu müsse man sich verstärkt der maritimen Raumplanung, der integrierten Meeresüberwachung sowie dem Aufbau einer maritimen Datenbank widmen. Umgesetzt werden solle die IMP durch großräumige Regionalkonzepte, wie sie bereits für die Arktis, das Mittelmeer und die Ostsee teilweise modellhaft entwickelt worden seien. Hinsichtlich des Seeverkehrs bezeichnete er die Ostsee bereits jetzt als Modellregion, die auf einer ökologisch sauberen und umweltverträglichen Seeschifffahrt basiere. Wesentlich dafür seien weitere Verbesserungen der Schiffsbetriebstechnik, die Förderung der Ko-Modalität der Verkehrsträger und der Meeresautobahnen einschließlich der Optimierung des Kurzstreckenseeverkehrs sowie die Förderung der Forschung zur Entwicklung von Niedrigemissionsschiffen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Studien der IMO, wonach bis zu 75 % der Emissionen reduziert werden könnten. Seiner Auffassung nach seien Schiffe nach wie vor der umweltfreundlichste und wirtschaftlichste Verkehrsträger. Hinsichtlich der Ausweisung der Ostseeregion als Schwefelüberwachungsgebiet legte er dar, dass niemand die Notwendigkeit für diese Maßnahme in Zweifel ziehe, jedoch dürfe die Einrichtung von Emissionsüberwachungsgebieten nicht mit innereuropäischen Wettbewerbsverzerrungen einhergehen. Dies könne zu einer ungewollten Rückverlagerung von Warentransporten auf die Straße führen. In diesem Zusammenhang forderte er auch eine schnellere Abfertigung von Schiffen in den Häfen. Schiffe mit längeren Liegezeiten sollten zudem ihre Hauptmaschine abstellen und anderweitig mit Energie von Land aus versorgt werden. Weiter forderte er, dass die EU so bald wie möglich eine Folgenabschätzung über die Auswirkungen der Einrichtung von Emissionsüberwachungsgebieten (ECA) erarbeiten solle, zumal Kommissionspräsident Barroso ebenfalls Bedenken hinsichtlich der IMO-Entscheidungen geäußert habe. Vor diesem Hintergrund appellierte er abschließend, dass sich ECA-Anrainerstaaten auf gemeinsame Positionen und Grenzwerte einigen sollten, sowie dass technologische Alternativen zum Einsatz kommen sollten, um schädliche Emissionen aus dem Schiffsbetrieb zu vermindern.

Tero Jokilehto (Finnisches Ministerium für Verkehr und Kommunikation) führte in Bezug auf die Seeschifffahrt aus, dass den in der Resolution aufgeführten Empfehlungen nicht ungeteilt zugestimmt werden könne. Am Beispiel des Finnischen Meerbusens stellte er die intensive Zusammenarbeit zwischen Finnland, Russland und Estland dar, die dazu geführt habe, dass die Anzahl der Schiffshavarien in diesem Seegebiet um 22 % zurückgegangen seien. Er kritisierte ein Übermaß an Regeln, die im Hinblick auf ihre Wirksamkeit überprüft und geordnet werden müssten. Das Schiffsführungspersonal sowie die Mannschaften hätten unzählige Vorschriften zu beachten und seien damit teilweise überfordert. Die Kontrolle der Vorschriften sowie deren Wirksamkeit und Umsetzung könne allein über die IMO geprüft werden. Dies sei seiner Meinung nach die maßgebliche Institution zur Regelung des weltweiten Seeverkehrs.

Dr. Carsten Jürgensen stellte als Koordinator das von HELCOM initiierte BRISK-Projekt (Sub-regional risk of spill of oil and hazardous substances in the Baltic Sea) des Beratungsunternehmens COWI A/S, Dänemark, vor. Das Projekt werde als strategisches „Leuchtturmprojekt“ im Rahmen der EU-Ostseestrategie durchgeführt, um die Ostsee vor großen Havarien und Unfällen besser zu schützen und ausreichende Notfallkapazitäten vorzuhalten. Die Beteiligung der Russischen Föderation am Projekt werde indirekt über andere Programme sichergestellt. Wichtige Planungsgrundlagen dafür seien Risikoanalysen, die Evaluierung möglicher Auswirkungen sowie die Erarbeitung abgestufter Maßnahmen zur Havariebekämpfung, um Schadstoffaustritte und Unfälle so effektiv wie möglich bekämpfen zu können.

Als Hauptproblem benannte er den seit Jahren zunehmenden Seeverkehr mit immer größeren Schiffen, wovon auch Schutzgebiete betroffen seien. Darüber hinaus stelle auch der winterliche Eisgang in nördlichen Breiten ein erhebliches Gefährdungspotential für die Schifffahrt dar. Er forderte von den Ostseeanrainerstaaten gemeinsame Investitionspläne, um grenzüberschreitend subregionale Bekämpfungskapazitäten aufzubauen, die gemeinsam genutzt werden könnten, und darüber hinaus transnationale Pläne aufzustellen, sofern diese nicht existierten.

Die sich anschließende **Plenardiskussion** konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Ursachen des Gefährdungspotentials: zunehmender Seeverkehr, Transport von wassergefährdenden Stoffen, nicht ausreichende Beachtung international verbindlicher Regeln und Verpflichtungen, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Im Ergebnis wurde eine stärkere internationale und nationale Kontrolle gefordert.

3. Sitzungsabschnitt: Der Ostseeraum als Region für Frieden und Sicherheit

Prof. **Dr. Sia Spiliopoulou-Åkermark** (Präsidentin des Åländischen Friedensinstitutes) postulierte, dass heutzutage Sicherheit höher bewertet werde als Frieden. Sicherheit werde daran gemessen, dass direkte Bedrohungen gegenüber Staaten und Gesellschaften vorlägen. Nur vor diesem Hintergrund würden als Ultima Ratio Vollstreckungsmaßnahmen durchgeführt werden, die in einigen Ländern einen Anstieg der militärischen Ausgaben nach sich zögen. Zivile Sicherheit habe aber auch noch eine weitere Bedeutung, nämlich dass ziviles Krisenmanagement und Gesellschaft ganzheitlich betrachtet würden. Dieses sei die neue Antwort darauf, den Frieden zu sichern. Dieser Ansatz umfasse sowohl den politischen als auch den militärischen Blickwinkel. Es dürfe allerdings nicht dazu kommen, dass dies zu einer undurchsichtigen Vermischung von zivilen und militärischen Fragen führe. Im Fortgang ihrer Ausführungen definierte sie den Menschenhandel als Teil der organisierten Kriminalität, was mit einer Diskussion um den Opferschutz und die gerechte Bestrafung von Tätern einhergehe. Dem Menschenhandel müsse man mit Präventivmaßnahmen entgegenwirken, der durch Ungleichbehandlung der Geschlechter und Gewalt entstände. In heutigen Gesellschaften unterlägen vor allem alleinerziehende Mütter dem Druck krimineller Geschäftemacher. Vor diesem Hintergrund müsse eine schonungslose Analyse der Bedrohungen und ihrer Ursachen erfolgen. Sie forderte diesbezüglich den grenzüberschreitenden Ausbau von zivilgesellschaftlichen Kontakten - insbesondere von jungen Menschen - und letztlich auch einen Multikulturismus, um gesellschaftliche Vorbehalte sowie kulturelle Unterschiede abzubauen und zu tolerieren. Als gelungenes Beispiel präsentierte sie die Åland-Region, die seit langem demilitarisiert sei und autonom ihre Belange regele.

Pertti Joenniemi (Dänisches Institut für Internationale Studien - DIIS) führte aus, dass Sicherheitsfragen im Ostseeraum schon immer ein zentrales Anliegen gewesen seien. Seit dem Ende des „Kalten Krieges“ habe sich der Ostseeraum zu einem der am stärksten regionalisierten Gebiete innerhalb der EU entwickelt. Die Frage eines Krieges spiele deshalb auch keine Rolle mehr und habe insofern auch keine Auswirkungen auf politische Diskussionen. Die Intention und Bedeutung der Ostseekooperation solle die Stärkung der Positionen der Anrainerstaaten sein. Es sei außerdem wichtig, dass die Anrainerstaaten den bisher eingeschlagenen Weg ihrer Regionalpolitik weiter fortsetzten und nicht nur die Vorgaben aus Brüssel umsetzten. Auch wenn die EU den Ostseeraum mittlerweile als Modell für andere europäische Regionen ansehe, solle Brüssel nicht die Identität und das Selbstverständnis der Ostseeanrainer vorgeben können. Die EU fordere geradezu die Eigenständigkeit der Regionen, was große Chancen mit sich bringe.

Der Vizepräsident der Baltischen Versammlung und ehemalige estnische Außenminister, **Trivimi Velliste**, stellte fest, dass die Ostseeregion kein homogen strukturiertes Gebiet in Europa sei. Es gebe unterschiedliche Kulturen, Sprachen, staatliche Strukturen und letztlich eine unterschiedliche Geschichte. In wichtigen politischen Grundsätzen seien die Ostseeanrainerstaaten jedoch durch gemeinsame europäische Ziele miteinander verbunden. Durch eine lang währende regionale Kooperation gehöre der Ostseeraum zu den sichersten und stabilsten Regionen der Welt. Die Region stehe zudem unter zwei „Sicherheitsschirmen“: zum einen dem der EU, zum anderen dem der NATO. Dies sei solange vertretbar, wie EU und NATO konfliktfrei miteinander arbeiteten. Dennoch müssten die Grundlagen für die gemeinsame Sicherheit weiter ausgebaut und an die neuen globalen politischen Herausforderungen angepasst werden. Er stellte im Fortgang seiner Ausführungen die These auf, dass als Voraussetzung für die Sicherheit im Ostseeraum ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Russland maßgeblich sei. Er stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Funktion Deutschlands als Sicherheitsgarant in der Ostseeregion durch eine Abschaffung der Wehrpflicht geschwächt werde. Er selbst definiere Sicherheit als ein Konzept, das Gesellschaft und Staat verschiedene Möglichkeiten biete, sich politisch eigenständig zu entwickeln und dauerhaft zu überleben. Für ihn sei eine Sicherheitsanalyse untrennbar mit den Fragen verbunden: „Wer muss geschützt werden?“, „Vor wem muss er geschützt werden?“ und „Wie schützt man ihn?“. Im Gegensatz zur Vergangenheit würden Sicherheitsfragen im heutigen Europa durch den Prozess der politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Integration in die EU und NATO dominiert, auch wenn es neue Bedrohungen, wie beispielsweise finanzielle Instabilität von Staaten, Umweltbelastungen und die organisierte Kriminalität, gebe. Für den Ostseeraum sei die NATO der wichtigste Garant und Grundpfeiler für Frieden. Man müsse aber auch Wege finden, um die europäische Sicherheitspolitik für Russland attraktiver zu machen und diese ebenso als Architekt für eine gemeinsame europäische Sicherheitskultur mitgestalten zu lassen. Damit könne vermieden werden, Russland nicht immer als Kritiker dastehen zu lassen, weil seine Interessen in der Ostseeregion nur unzureichend berücksichtigt würden.

Charly Salonijs-Pasternak (Finnisches Institut für Internationale Angelegenheiten) bemerkte eingangs, dass Sicherheits- oder mit Kriegen zusammenhängende Fragen in der Ostseeregion nicht an oberster Stelle der Prioritätenskala stünden, was er bedauere. Es könne jedoch sehr aufschlussreich sein, naheliegende Themenbereiche in Bezug auf sicherheitsrelevante Aspekte zu untersuchen. In Anlehnung an Definitionen des Politikwissenschaftlers Karl Wolfgang Deutsch aus dem Jahr 1957 könnten für die Ostseeregion bereits drei effektive „Sicherheitsgemeinschaften“ benannt werden, die sich geschichtlich entwickelt hätten: nämlich die skandinavische und die baltische (Baltic 3) sowie der so genannte „Hanse-Kern“, der aus Deutschland und Polen bestehe. Dies seien Länder, die politisch eng miteinander verzahnt seien und besondere politische Beziehungen zueinander hätten. Er stellte fest, dass die Kooperation der Ostseeanrainerstaaten zwar aufgrund der Mitgliedschaften in der NATO und EU oder beiden Gemeinschaften zunehme, dass es jedoch keine „Ostsee-Sicherheitsgemeinschaft“ insgesamt gebe. Diese Gemeinschaft gebe es wegen der bisher jeweils eigenständig ausgeführten militärischen Übungen Russlands, Finnlands und der USA/NATO nicht. Zwar würden neuerdings gemeinsame Übungen vorbereitet und durchgeführt, jedoch stehe man bei dieser vertrauensbildenden Zusammenarbeit erst am Anfang. Russland müsse stärker auf EU und NATO zugehen, brauche dafür aber mehr Zeit. Eine weitere EU-Konsolidierung und NATO-Erweiterung habe seiner Auffassung nach zur Folge, dass sich im Jahre 2020 zwei Sicherheitsakteure gegenüberstünden: EU/NATO einerseits und die Russische Föderation andererseits. Vor diesem Hintergrund werde es für Finnland und die Baltic 3 in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich noch keine „Sicherheitsgemeinschaft“ geben. Für Deutschland, Schweden, Dänemark und Polen sei diese jedoch real. Auf nationaler Ebene habe die Politik Geld und Ressourcen für die Gewährleistung staatlicher und gesellschaftlicher Sicherheit aufzubringen. Er warnte abschließend davor, dass die Bedingungen, die die regionale Sicherheit beeinträchtigten, in vielen Staaten und Bereichen bereits sichtbar seien und sich auch auf andere gesellschaftliche Sphären ausweiten könnten. Insgesamt bewertete er die Ostseeregion als eine der weltweit sichersten, obwohl die Ostseeanrainerstaaten ein jeweils unterschiedliches Sicherheitsempfinden hätten.

Björn Lyrvall (Schwedisches Außenministerium) hob die Bedeutung multilateraler Zusammenarbeit hervor. Die Ostseeregion sei ein Beispiel für Stabilität und politischen Dialog. Diese intensive Zusammenarbeit fördere seiner Auffassung nach das Sicherheitsempfinden sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Region. Er führte weiter aus, dass ein wachsendes Europa aber auch die gegenseitige Abhängigkeit voneinander erhöhe. Für Schweden habe die regionale Zusammenarbeit besondere Bedeutung, wobei man insbesondere mit den nordischen Nachbarn und den baltischen Staaten besondere Beziehungen pflege. Mit Russland bestünden gute Kontakte über die Politik der Nördlichen Dimension sowie den Arktischen Rat. Allerdings gestalte sich die Zusammenarbeit bisweilen schwierig. Er bewertete die EU-Ostseestrategie als wichtiges Instrumentarium, konkrete Ziele zu erreichen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. So könne die Balance zwischen dem Kerneuropa einerseits und Nord- sowie Osteuropa andererseits ausgeglichener werden.

Der ehemalige finnische Außenminister, **Erkki Tuomioja**, bezeichnete die Ostseeregion als Meer des Friedens und des gegenseitigen Vertrauens. Es sei erkennbar, dass es dennoch Misstrauen gebe, das sich aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen und globalen Politik insbesondere gegen die Russische Föderation richte. Er konstatierte, dass es noch immer zu viele konventionelle und nukleare Waffen in der Ostseeregion gebe, obwohl auch diese den globalen Abrüstungsbemühungen unterlägen. Er kritisierte weiterhin, dass einige Ostseerainer, wie beispielsweise Schweden und die Baltischen Staaten, nicht dem KSE-Vertrag zur Begrenzung von Streitkräften und konventionellen Waffen in Europa beigetreten seien. Er forderte weiter die Verkleinerung von Marineflotten sowie die gemeinsame Überwachung und Sicherung der zivilen Seefahrt. Zwar sei die Ostseeregion vergleichsweise sicher, doch könnten auch hier Minderheiten Krisen auslösen. Die Lösung von Problemen sehe er in einer engen zwischenstaatlichen Kooperation. Der Bau der Nordstream-Gaspipeline sei ein positives Signal, die europäische Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten. Eine Ablehnung dieser Pipeline aus militärischen Gründen halte er für übertrieben. Konflikte mit Russland brauche man nicht daran festmachen.

Zwischenbericht der BSPC-Arbeitsgruppe Zivile Sicherheit/Menschenhandel

Line Barfod (Vorsitzende der BSPC-AG Zivile Sicherheit und Menschenhandel, Dänemark) stellte die inhaltlichen Schwerpunkte und bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe vor. Sie erläuterte, dass sich die Arbeitsgruppe auf das Thema Menschenhandel konzentriere. Der Begriff Menschenhandel werde von der Öffentlichkeit leider hauptsächlich mit der Prostitution von Frauen verbunden, obwohl man eher von Sklaverei sprechen könne, da sie auch Kinder und Männer gleichermaßen betreffe. Beispiele dafür seien: Ausbeutung durch sexuelle Dienstleistungen, Niedrigstlöhne im Reinigungsgewerbe, ungesetzliche Adoptionen, unmenschliche Arbeitsbedingungen und sogar die Funktion als Organspender. Menschenhändler nutzten die Hilflosigkeit von Menschen aus. Menschenhandel sei jedoch eine ernsthafte Gefahr, da sie die am schnellsten zunehmende Kriminalitätsform sowohl in der Ostseeregion als auch weltweit darstelle. Menschen würden gehandelt wie Rauschgifte und Waffen. Menschen würden immer wieder neu verkauft, was für viele Kriminelle ein lukratives und sicheres Geschäft darstelle, weil die Aufklärungsrate nur gering sei. Das manifestiere die Sklaverei in zivilisierten Gesellschaften. Da Handlungsdruck bestehe, solle man zeitnah regional, national und international handeln und auch neue Wege beschreiten, um den rund 2,5 Millionen Opfern weltweit zu helfen. Sie erklärte im Hinblick auf die zukünftigen Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe, dass man, wenn das Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung des Menschenhandels gerichtet werde, auch andere Themen der zivilen Sicherheit erörtern könne. Die Arbeitsgruppe sei eine politische Arbeitsgruppe, die ihren Status dazu nutzen solle, um das Thema Menschenhandel auf die politische Agenda in der Ostseeregion zu bringen, die Öffentlichkeit zu informieren und praktische Richtlinien zu entwickeln, die das Erkennen und Bekämpfen des Menschenhandels erleichterten. Repräsentanten und Experten von Organisationen wie CBSS, OSZE und anderen Einrichtungen seien an den Arbeitsgruppensitzungen beteiligt gewesen. Sie bedauerte, dass Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen Bedrohungen durch den Menschenhandel bei ihrer Arbeit zu wenig berücksichtigten. Im Weiteren erläuterte sie die politischen Handlungsempfehlungen, die die Arbeitsgruppe für die Resolution vorgeschlagen hatte. Zum einen sollten die Anrainerstaaten Abkommen gegen den Menschenhandel ratifizieren und den Menschenhandel international als kriminelles Delikt ausweisen.

Des Weiteren würden die Regierungen aufgefordert werden, den Kontakt zu NGOs sowie zu regionalen und internationalen Organisationen zu verstärken. Um das Problem angemessen zu behandeln, solle man eine Datenspeicherung ermöglichen, um Anklagen erheben und den Opfern die bestmögliche Hilfe zusichern zu können. Man müsse sich in jedem Fall auf die Opfer konzentrieren und mit den verschiedenen Organisationen versuchen, Lösungen zu finden, wie diesen Menschen besser geholfen werden könne. Als gesellschaftlichen Auftrag verstehe sie, dass der Alltag darauf ausgerichtet sein solle, niemanden auszunutzen.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion konstatierte **Gabi Dobusch** von der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg den Mangel an zuverlässigen Genderdaten in der Ostseeregion. Deshalb würden zu wenige Aspekte des Frauenhandels untersucht. Sie forderte, dass Täter stärker als bisher zur Verantwortung gezogen würden. Das fange ihrer Meinung nach mit der polizeilichen Meldung an und gelte auch für die staatsanwaltliche Ermittlung. Der Schutz von Opfern und deren Unterstützung sei wesentlich. Abschließend appellierte sie an die Teilnehmer, die Augen vor dem Menschenhandel nicht zu verschließen.

Nikolay Tschurkin (Russischer Föderationsrat) führte aus, dass sich Sicherheitsfragen in der Ostseeregion auch auf den Widerspruch zwischen gesellschaftlichen und ökologischen Bedürfnissen bezögen, und unterstrich den sozialökonomischen Zusammenhang vieler Probleme. Er kritisierte insgesamt, dass zu viel diskutiert, aber zu wenig gehandelt werde. In diesem Zusammenhang verwies er auf die berechtigte Position Russlands, den KSE-Vertrag nicht ratifiziert zu haben. Die Diskussionen um die militärische Unterstützung Georgiens habe gezeigt, dass Politik unehrlich betrieben werde. Georgien habe von Europa und NATO militärische Schützenhilfe erhalten, was seiner Auffassung nach das politische Kräftegleichgewicht in dieser Region empfindlich gestört habe. Deshalb habe man die Zusammenarbeit ausgesetzt. Er vertrat weiter die Auffassung, dass sich die NATO-Politik durch die amerikanische Dominanz teilweise gegen europäische Interessen selbst wende. Jedoch sei Russland gesprächsbereit. Für ihn seien neue politische Arbeitsgremien wünschenswert, um sich mit den aktuellen Problemen, insbesondere dem Terrorismus, auseinanderzusetzen. Russland setze sich beispielsweise weltweit gegen Piraterie und Terrorismus ein. Abschließend forderte er einen offenen politischen Umgang der Ostseeanrainerstaaten untereinander.

Als Vertreterin des Schwedischen Reichstages erklärte **Sinikka Bohlin**, dass die skandinavischen Länder zu den weltweit sichersten gehörten. Dennoch gebe es bei jungen und alten Menschen Ängste, dass zukünftig vermehrt politische und bewaffnete Konflikte eintreten könnten. Sie sei sich aber nicht sicher, ob dieses Bild eher von den Massenmedien vermittelt werde oder ob es sich um reale Ängste handele. Vor diesem Hintergrund wüchsen Unternehmen der Sicherheitsbranche in Schweden sehr stark, was sie als beunruhigend empfinde.

Stanislaw Wziatek vom polnischen Sejm forderte die Politik zum Handeln auf. Politische Ziele seien klar zu definieren, damit Politik glaubwürdig bleibe. Sicherheit und Vertrauen seien wesentliche Wege zum Frieden in der Ostseeregion. Seiner Meinung nach sei eine Evaluierung der NATO-Aufgaben und -Kompetenzen nicht notwendig. Hinsichtlich ökologischer Bedrohungen führte er aus, dass Kriegsaltslasten einschließlich der versenkten chemischen Kampfstoffmunition in der Ostsee zu beseitigen seien, da von ihnen große Gefahren ausgingen.

**Anlage 1
(nichtamtliche Übersetzung)****Entschließung der Konferenz**

verabschiedet von der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Ostseeanrainerstaaten*, die vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn (Åland-Inseln) zusammengetroffen sind,

die Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Klimawandel und biologische Vielfalt“, „integrierte Meerespolitik“, „Frieden und Sicherheit in der Ostseeregion“ sowie „Menschenhandel“ erörternd,

- A. unter Betonung der wichtigen Rolle, die die Parlamentarier im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion spielen können, indem sie Aufklärungskampagnen durchführen, Meinungen bilden, Themen voranbringen, politischen Druck auf Regierungen ausüben und Gesetze initiieren und verabschieden;
- B. unter Bekräftigung des engen und konstruktiven Austauschs zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und dem Ostseerat, der beiden Seiten Nutzen bringt, was beispielsweise an der Interaktion zwischen den Arbeitsgremien der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Ostseerates in den Bereichen Menschenhandel und integrierte Meerespolitik erkennbar ist, und unter Anerkennung der Nützlichkeit dieser Interaktion als gemeinsame Ressource bei der Verfolgung und Bewältigung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Ostseeregion;
- C. unter Fortführung ihrer umfassenden Unterstützungsmaßnahmen für den HELCOM-Ostsee-Aktionsplan als eine der wichtigsten Maßnahmen für das zentrale Instrument der Wiederherstellung des guten ökologischen Zustandes der Ostsee bis 2021, mit Bedauern zur Kenntnis nehmend, dass nicht alle HELCOM-Mitgliedsstaaten wie vereinbart anlässlich der HELCOM-Ministertagung am 20. Mai in Moskau nationale Umsetzungspläne vorgelegt haben, und in der Erwartung, dass die Länder, die keine nationalen Umsetzungspläne vorgelegt haben, dies spätestens im Rahmen der hochrangigen HELCOM-Tagung Anfang 2011 vornehmen;
- D. die Verabschiedung der Erklärung „A Vision for the Baltic Sea Region by 2020“ („Eine Vision der Ostseeregion bis 2020“) anlässlich des 8. Gipfels der Ostseestaaten im Juni 2010 in Wilna mit Befriedigung zur Kenntnis nehmend und in der Erwägung, dass die Umsetzung der Bestimmungen der Erklärung ein wichtiger Faktor für die weitere Entwicklung der Ostseeregion ist;

- E. die Annahme der EU-Strategie für die Ostseeregion im Oktober 2009 zur Kenntnis nehmend und dabei herausstellend, dass die EU-Strategie in geeigneter Weise mit der Politik der Nördlichen Dimension, die EU-Mitglieder und Nichtmitglieder als gleichrangige

Kooperationspartner an einen Tisch bringt, verzahnt werden sollte, da sie eine interne EU-Maßnahme darstellt;

- F. unter Begrüßung des Ostseeaktionsgipfels als Plattform für praktische Verpflichtungen mit dem Ziel der Rettung der Ostsee und unter Bekräftigung der während des Gipfels eingegangenen Verpflichtung der Ostseeparlamentarierkonferenz, weiterhin politische Initiativen zu ergreifen, die von den Staaten in der Region getroffenen Maßnahmen zu verfolgen und von Seiten der Parlamente Druck auf die nationalen Regierungen der Ostseeregion auszuüben und diese nachdrücklich aufzufordern, ihre Verpflichtungen im Rahmen des Ostsee-Aktionsplans zu erfüllen;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Möglichkeiten zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz zu prüfen, um Kohärenz zu gewährleisten und Spaltungen in der Ostseeregion zu verhindern, und den Ostseerat bei der Umsetzung der Ziele seines Reformprozesses und der Erzielung konkreter Ergebnisse im Rahmen seiner langfristigen Prioritäten zu unterstützen;
2. ihre bereits im Rahmen des HELCOM-Ostseeaktionsplans vereinbarten Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere - sofern noch nicht geschehen - durch die Vorlage konkreter nationaler Umsetzungspläne bis spätestens Anfang 2011;
3. ihre während des Ostsee-Aktionsgipfels eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und dabei beispielsweise ausreichende Ressourcen für die tatsächliche Umsetzung ihrer Verpflichtungen bereitzustellen;
4. die Ostseestrategie der EU soweit möglich an die Politik der Nördlichen Dimension sowie den Ostseerat als wichtigem regionalem Kooperationsgremium und weitere nördliche Kooperationsgremien und Ostseekooperationsgremien anzugleichen;
5. bestimmte Beträge in den von der Nordischen Investitionsbank und der „Nordic Environment Finance Cooperation“ geführten Treuhandfonds des Ostsee-Aktionsplans einzuzahlen und auf diese Weise die Ressourcen für die Entwicklung bankfähiger Projekte zu stärken, d.h. kohärente, realistische und tragfähige Projekte zur Umsetzung von Umweltprojekten und anderen Projekten zum Nutzen der Ostseeregion;

6. sich für den Abbau von Hindernissen für Arbeitnehmer, Unternehmen und Touristen, z. B. Visa- und Meldebestimmungen, einzusetzen und weiterhin die Beseitigung von Hindernissen für die Mobilität von Arbeitnehmern in den Grenzregionen zu unterstützen und für ein qualitativ hochwertiges Informationsangebot zur Gewährleistung sozialer Sicherheit bei grenzüberschreitender beruflicher Tätigkeit zu sorgen;
7. die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in der Region zu fördern und dabei nichtstaatliche Organisationen sowohl beim Zugang zu als auch bei der Antragstellung für Ostseeförderprogramme behilflich zu sein, damit sie sich verstärkt an der Umsetzung dieser Förderprogramme beteiligen können;

im Hinblick auf den Klimawandel und die biologische Vielfalt in der Ostseeregion

8. einen ökosystemorientierten Ansatz für die Umweltarbeit in der Ostseeregion anzuwenden, darunter Investitionen sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zum Schutz von Ökosystemdienstleistungen, und ihre Werte gegebenenfalls in Wirtschaftssysteme, nationale Haushalte und Strategien für nachhaltige Entwicklung zu integrieren;
9. Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu unterstützen, z. B. die Wiederherstellung von Wasserstraßen, die von bestimmten Tierarten für Wanderungsbewegungen benutzt werden, sowie die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt, Oxygenierung und Aufstockung der Fischbestände;
10. sich verstärkt für die Verhinderung der fortwährenden Einführung invasiver Arten in der Ostsee durch Schiffe einzusetzen, beispielsweise durch die Entwicklung von Technologien für die Behandlung von Ballastwasser und ein mögliches Verbot des Austauschs von Ballastwasser in bestimmten Gebieten;
11. mithilfe aktiver Maßnahmen bedrohte Arten zu schützen, Beifang zu minimieren und die Entsorgung von Fischereiabfällen im Meer zu beenden und dafür zu sorgen, dass die kommerzielle Fischerei Fangquoten und Fischgründe beachtet;
12. mithilfe wirksamer und zielgerichteter Maßnahmen die illegale, nicht gemeldete und nicht regulierte Fischerei (IUU-Fischerei) zu stoppen und zu diesem Zweck Kontrollressourcen und die Kontrolle bei der Anlandung zu verstärken;

im Hinblick auf die integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

13. neue Maßnahmen zur Reduzierung schädlicher Emissionen zu fördern und
 - den Kurzstreckenseeverkehr in noch stärkerem Maße als bisher als umweltfreundliche Alternative zum Landverkehr zu unterstützen;
 - zu untersuchen, inwieweit die Reduzierung des Schwefelgehalts von Schiffstreibstoffen zu Wettbewerbsnachteilen für die Wirtschaft in der Ostseeregion führen kann, und Vorschläge zur Vermeidung dieser Nachteile unter gleichzeitiger Bewahrung hoher ökologischer Standards im maritimen Sektor zu erarbeiten;

- die im Rahmen des Ostseeprogramms zur Finanzierung genehmigten Projekte aktiv zu unterstützen, d. h. vor allem Projekte, die der Reduzierung der von Schiffen ausgehenden schädlichen Emissionen und der Entwicklung von Auffangmöglichkeiten für Schiffsabwässer in den Ostseehäfen dienen;
14. die Umsetzung verbesserter Sicherheits- und Brandverhütungsmaßnahmen für Schiffe, Terminals, Häfen, Baumaßnahmen auf See und an Land sowie die Nutzung umweltfreundlicher Stoffe zwecks Abmilderung der durch Unfälle verursachten Schäden zu fördern;
 15. den verbindlichen Einsatz von Lotsen in gefährlichen Gewässern der Ostsee auszuweiten und das Verbot des Transports von Öl in Einhüllentankern strikt umzusetzen;
 16. Maßnahmen zu initiieren, die 1.) den Weg für die Verwendung einer Sprache im grenzüberschreitenden See- und Landverkehr ebnen und dies unterstützen und 2.) die Umsetzung gemeinsamer Zoll- und Besteuerungsverfahren standardisieren und fördern;
 17. weiterhin für Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur in der Ostseeregion zu sorgen und eine Verkehrspolitik zu fördern, die grundsätzlich von der Vorstellung geleitet wird, dass Transporte auf umweltfreundliche Weise durchgeführt und durch einen Infrastrukturverbund gestützt werden sollten, und gleichzeitig den Ausbau von Land- und Seewegen in den Mittelpunkt zu stellen;
 18. dafür zu sorgen, dass das TEN-V-Kernetz der EU aus Knotenpunkten (Hauptstädten, anderen Städten oder Ballungsräumen von überregionaler Bedeutung, Gateway-Häfen, interkontinentalen Drehscheibenhäfen und -flughäfen und den wichtigsten Binnenhäfen und Umschlagterminals) und Verbindungen von höchster strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung besteht, die an zentrale Infrastrukturen in Drittländern (einschließlich Russland) angebunden sind;
 19. der strategischen Entwicklung von Seehäfen mit entsprechenden Logistikzentren und Bahnterminals besondere Bedeutung beizumessen, um nationale, regionale und europäische Netze zu schaffen. In diesem Zusammenhang sollten Lücken in den vorrangigen TEN-Projekten geschlossen und die Projekte in einem Kernnetz verknüpft und konsolidiert werden;
 20. Initiativen für die Verbesserung der Sicherheit, Reduzierung von Umweltrisiken in der Ostsee und Befassung mit dem menschlichen Faktor zu unterstützen; dies beinhaltet auch die Unterstützung von Initiativen, die zum Bürokratieabbau beitragen, z. B. durch Harmonisierung und Weiterentwicklung der vorhandenen Schiffsmeldesysteme und Schiffsverkehrsdienste in der Ostseeregion;
 21. die gemeinsame regionale sowie nationale Bereitschaft und die Kapazitäten zur Bekämpfung größerer Ölkatastrophen und Gefahrstoffen zu stärken, beispielsweise durch subregionale Vorbereitungs- und Abstimmungsmaßnahmen und Übungen wie im Rahmen des HELCOM-BRISK-Projekts gezeigt, und durch die Beschaffung ausreichender Mengen an Geräten zur Entsorgung von ausgetretenem Öl oder Gefahrstoffen;

im Hinblick auf Frieden und Sicherheit in der Ostseeregion

22. die Entwicklung der gemeinsamen Wahrnehmung der Bedrohungen für die öffentliche und zivile Sicherheit in der Region, die natürliche sowie technologische und weitere, vom Menschen verursachte Bedrohungen und Risiken umfasst, zu fördern und zu unterstützen;
23. die Entwicklung gemeinsamer Strategien, Aktionsprogramme und konkreter Ressourcen zur Verhütung und Bewältigung der Bedrohungen für die zivile Sicherheit in der Region zu fördern;
24. Informationen über die Erfahrungen aus den Bedrohungen der jüngsten Vergangenheit, z. B. der Vogelgrippe 2007, der Internet-Angriffe in Estland 2007 und der Schweinegrippe 2009, zu extrahieren und auszutauschen, um weitere Kenntnisse zu gewinnen und das gemeinsame Bewusstsein für diese Bedrohungen bzw. die gemeinsame Bereitschaft zur Bekämpfung derselben zu erhöhen;
25. die Weitergabe der Erfahrungen in der Ostseeregion in Bezug auf Frieden, Sicherheit und die Entwicklung der Demokratie im Rahmen politischer und diplomatischer Kontakte zu fördern, um die Demokratie zu stützen;
26. verfügbare Informationen über den Standort und Zustand von im Meer versenkten Chemiewaffen auszutauschen, um die Öffentlichkeit über die von diesen Waffen ausgehende Bedrohung aufzuklären, Verhaltensrichtlinien für den Fall des Aufeinandertreffens mit im Meer versenkten chemischen Waffen zu erarbeiten und Seminare und Konferenzen über dieses Thema zu organisieren;

im Hinblick auf den Menschenhandel

27. die Unterzeichnung und Ratifizierung aller einschlägigen internationalen Übereinkommen, Protokolle und Entscheidungen und den Beitritt der Länder zu diesem Übereinkommen, die dies bislang nicht getan haben, zu prüfen, z. B. des Protokolls über den Menschenhandel („Palermo-Protokoll“), das Übereinkommen des Europarates gegen den Menschenhandel und weitere internationale Vereinbarungen; folglich sollten gegebenenfalls die nationalen Gesetze und die Justiz überprüft und geändert werden, um für die Einhaltung der internationalen Übereinkommen und Protokolle zu sorgen und Gesetze zu ermöglichen, die alle Kanäle des Menschenhandels kriminalisieren;
28. anzuerkennen, dass der Menschenhandel einen internationalen grenzüberschreitenden Straftatbestand darstellt, der eine internationale Zusammenarbeit und grenzüberschreitende konzertierte Aktionen erfordert, darüber hinaus aber auch zu erkennen, dass die tatsächliche Ausbeutung der Opfer vor Ort stattfindet und deshalb mithilfe verbesserter Pläne und Ressourcen vor Ort bekämpft werden sollte, z. B. durch Maßnahmen zur Eindämmung der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen von Opfern des Menschenhandels;

29. ausreichende, dauerhaft einzusetzende und gezielte Mittel und Ressourcen beispielsweise für Behörden, spezielle Behörden, nichtstaatliche Organisationen und zwischenstaatliche Organisationen und Projekte, z. B. die Arbeitsgruppe Menschenhandel des Ostseerates, zuzuweisen, um dauerhafte und nachhaltige Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu treffen, z. B. durch die interne Anweisung des Nordischen Rates, nur solche Hotels auszuwählen, die schriftlich garantieren, dass sie sich nicht an der Begünstigung des Anbietens bzw. des Erwerbs sexueller Dienstleistungen beteiligen;
30. die Entwicklung eines interoperablen, abgestimmten und transparenten Systems für die Zusammenstellung, Analyse, Weitergabe und Verbreitung von Informationen über den Menschenhandel zu fördern, um das Verständnis für das Problem zu erhöhen, geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln, die Möglichkeiten der Erkennung von Opfern des Menschenhandels zu verbessern, die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung der Fälle von Menschenhandel zu unterstützen und den Opfern des Menschenhandels auf bestmögliche Weise zu helfen;
31. dafür zu sorgen, dass bei allen Maßnahmen und Aktionen zur Bekämpfung des Menschenhandels die Opfer im Mittelpunkt stehen; dies bedeutet, dass es sich bei Menschenhandel um Ausbeutung handelt, unabhängig davon, wo und in welcher Form er stattfindet, dass die Menschenrechte der Opfer des Menschenhandels im Mittelpunkt aller Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels stehen und dass die Opfer und deren Familienangehörige ungeachtet ihres Status, ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit bei Strafverfahren gegen Menschenhändler oder der Art der Ausbeutung, unter der sie leiden, bedingungslos unterstützt werden sollten;
32. die Entwicklung der operativen Kapazitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels vor Ort zu unterstützen und zu fördern; es sollten Kooperationsmodelle sowohl zwischen den entsprechenden staatlichen Akteuren - z. B. Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Sozial- und Einwanderungsbehörden - als auch mit nichtstaatlichen Organisationen entwickelt werden, um die Unterstützungskette und den Opferschutz sowie die Opfer und deren Familienangehörige zu stärken und die Zahl der Verurteilungen der Täter zu erhöhen.

Darüber hinaus

33. fordert die Konferenz den Ständigen Ausschuss auf, das Funktionieren des Gemeinsamen Finanzierungsmechanismus der Ostseeparlamentarierkonferenz zu evaluieren und dabei auch eine mögliche Überarbeitung der Verfahren für die Finanzierung der Aufgaben des Sekretariats zu prüfen;
34. verabschiedet die Konferenz die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt;
35. begrüßt die Konferenz mit Dankbarkeit das freundliche Angebot des finnischen Parlaments, die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28. - 30. August 2011 in Helsinki auszurichten.

- * Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, Grönlands, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, die Åland-Inseln, die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament und der Nordische Rat.



Conference Resolution

Adopted by the 19th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected representatives from the Baltic Sea States*, assembling in Mariehamn, Åland Islands, 29 - 31 August 2010,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Climate Change and Biodiversity, Integrated Maritime Policy, Peace and Security in the Baltic Sea Region, and Trafficking in Human Beings,

- A. emphasizing the important role parliamentarians can play for a sustainable development of the Baltic Sea Region, by raising awareness, building opinion, driving issues, exerting political pressure on governments, and initiating and adopting legislation;
- B. reaffirming the close, constructive and mutually beneficial exchange between BSPC and CBSS, as evidenced in e. g. the interaction between BSPC and CBSS working bodies on trafficking in human beings and on integrated maritime policy, and recognizing the usefulness of this interaction as a joint resource in following and addressing the economic, social and political challenges of the Baltic Sea Region;
- C. maintaining its strong support to the HELCOM-Baltic Sea Action Plan as one of the main tools for the central tool for the restoration of good ecological status of the Baltic Sea by 2021, regretting that not all HELCOM member states had managed - as they had agreed - to present national implementation plans at the HELCOM-Ministerial Meeting in Moscow 20th May, and expecting that those countries that did not deliver national implementation plans will do so at the high-level meeting of HELCOM in early 2011 at the latest;
- D. noting with satisfaction the adoption of the declaration “A Vision for the Baltic Sea Region by 2020” at the 8th Summit of the Baltic Sea States in Vilnius in June 2010, and considering the implementation of its provisions as a key factor for further development of the Baltic Sea Region;
- E. taking note of the adoption of the EU-Strategy for the Baltic Sea Region in October 2009, underlining that since the EU-Strategy is an internal EU-endeavor, it should be adequately harmonized with the Northern Dimension policy, which brings together EU- and non-EU-members as equal co-operating partners;
- F. supporting the Baltic Sea Action Summit as a platform for practical commitments aiming at saving the Baltic Sea, and reaffirming the BSPC commitment to the Summit to continue to take political initiatives, to follow the actions taken by the states in the region, and to exercise parliamentary pressure on the national governments of the Baltic Sea Region, urging them to fulfill their obligations in the Baltic Sea Action Plan,

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. consider ways to further strengthen co-operation in the Baltic Sea Region between the CBSS and the BSPC in order to ensure cohesion and to avoid divisions in the Baltic Sea Region, while supporting CBSS in implementing the aims of its reform process and achieving concrete results within the framework of its long-time priorities;
2. fulfil their already agreed obligations under the HELCOM-Baltic Sea Action Plan, in particular - for those who have not already done so - by producing concrete National Implementation Plans by early 2011 at the latest;
3. fulfil their commitments to the Baltic Sea Action Summit, for instance by allocating sufficient resources for the actual implementation of commitments;
4. co-ordinate as far as possible the EU Baltic Sea Strategy with the Northern Dimension policy, as well as with the Council of the Baltic Sea States - being a core regional cooperation body - and other Northern and Baltic cooperation bodies;
5. provide contributions to the BSAP-Trust Fund managed by the Nordic Investment Bank and the Nordic Environment Finance Corporation, thereby strengthening the resources for the development of bankable projects, meaning coherent, realistic and viable projects to implement environmental and other projects for the benefit of the Baltic Sea Region;
6. work to gradually dismantle barriers encountered by workers, companies and tourists, such as visa requirements and requirements to register place of residence, continue to work towards dismantling obstacles to mobility for workers in the border regions and ensure the availability of a range of high-quality information centres ensuring social security for cross-border workers;
7. promote the further development of civil society in the region, including assisting NGOs both in accessing Baltic Sea support programmes and in placing applications in order to boost their involvement in implementing the programmes;

Regarding Climate Change and Biodiversity in the Baltic Sea Region, to

8. apply an ecosystem approach to the environmental work in the Baltic Sea Region, including investments, research and development to protect ecosystem services and to integrate their values in economic systems, national budgets and strategies for sustainable development, as appropriate;
9. support measures to protect and restore biodiversity, such as reinstating migratory waterways, restoring physical environments, oxygenation and restocking;
10. enhance work with the aim of preventing the continued introduction of alien invasive species of flora and fauna in the Baltic Sea by ships, for instance by developing technologies for ballast water treatment and by a possible ban against ballast water exchange in certain areas;

11. take active measures to protect threatened species, minimize by-catches and phase out discard in fishing, and to ensure that commercial fishing respects catch quotas and fishing areas;
12. take strong and focused measures to eliminate illegal, unregulated and unreported (IUU) fishing, by reinforcing inspection resources and by strengthening landing control;

Regarding Integrated Maritime Policy in the Baltic Sea Region, to

13. promote new measures in view of reduction of harmful emissions:
 - render more active support than heretofore to short sea shipping as an eco-friendly alternative to inland transport;
 - investigate to what extent the reduction of the sulphur content of ship fuels may result in competitive disadvantages to the economy in the Baltic Sea Region and elaborate proposals on how to avoid such disadvantages while maintaining high environmental standards in the maritime sector;
 - actively support the projects approved for funding under the Baltic region Programme, especially such projects with the objective to reduce harmful emissions from ships and develop reception facilities for waste water from ships in the ports of the Baltic Sea;
14. support the implementation of improved security and fire prevention measures regarding vessels, terminals, ports, sea and shore-line constructions as well as the use of environmentally friendly substances to alleviate damages caused by accidents;
15. extend the obligatory use of pilots in risk areas of the Baltic Sea and strictly implement the ban on transporting oil in single-hulled tankers;
16. initiate measures which 1) pave the way for and promote the use of a single language in international transport operations at sea and on land, and 2) standardize and facilitate the implementation of joint customs and taxation procedures;
17. continue to ensure improvements to the transport infrastructure in the Baltic Sea Region and, while focussing in particular on developing land and sea routes, to promote a transport policy that is in principle governed by the idea that transport operations should be carried out in an eco-friendly way, supported by an interconnected infrastructure;
18. make sure that the EU TEN-T core network must be made up of nodes (capitals, other cities or agglomerations of supra-regional importance, gateway ports, intercontinental hub ports and airports, the most important inland ports and freight terminals) and connections of the highest strategic and economic importance linked with key infrastructure in third countries (including Russia).
19. attach particular importance to the strategic development of the seaports with associated logistics centers and rail terminals in order to create national, regional and European networks. In this context, gaps in the priority TEN projects should be filled, and the projects should be linked and consolidated into a core network;

20. support initiatives for improving safety of navigation and environmental risk reduction in the Baltic Sea and addressing the human factor including support of initiatives that can lead to less administrative burdens by harmonizing and elaborating the existing ship reporting systems (SRS) and vessel traffic services (VTS) in the Baltic Sea;
21. strengthen the joint regional as well as national preparedness and capacity to tackle major spills of oil and hazardous substances, for instance by sub-regional preparations, co-ordination and exercises, as pursued in the HELCOM-BRISK-project, and by procuring sufficient supplies of oil spill and hazardous substances recovery equipment;

Regarding Peace and Security in the Baltic Sea Region, to

22. encourage and foster the development of a joint perception of the threats against public safety and civil security in the region, covering natural as well as technological and other man-made threats and risks;
23. promote the development of joint strategies, action programmes and concrete resources to prevent and manage the threats against civil security in the region;
24. extract and exchange experiences from recent threats, such as the bird flu in 2007, the cyber attacks in Estonia in 2007, and the swine flu in 2009, in order to gain knowledge and enhance the joint awareness and preparedness for such threats;
25. promote the dissemination of the experiences from the Baltic Sea Region regarding peace, security and development of democracy in political and diplomatic contacts in order to support democracy;
26. exchange available information on the location and state of sea-dumped chemical weapons, to inform the public about the threats caused by these weapons, to prepare guidelines for behaviour if unexpectedly encountered with sea-dumped chemical weapons, and to organize seminars and conferences on this issue.

Regarding Trafficking in Human Beings, to

27. sign, ratify and accede, for those countries that have not already done so, to all relevant international conventions, protocols and decisions, such as the Trafficking in Persons Protocol ("The Palermo Protocol"), the Council of Europe Convention on Action Against Trafficking in Human Beings, and other international agreements; consequently, national legislation and administration of justice should, where necessary, be reviewed and amended in order to ensure conformity with international conventions and protocols and to enable legislation that criminalizes all chains of trafficking in human beings;
28. recognize that trafficking in human beings is an international cross-border crime that requires international cooperation and concerted action across borders, but also that the actual exploitation of victims is perpetrated locally and therefore should be fought by enhanced local plans and resources, including efforts to curb the demand for sexual services from victims of trafficking;

29. allocate sufficient, permanent and dedicated funds and resources to, for instance, public authorities, specialized agencies, NGOs, and inter-governmental organizations and projects, such as the CBSS Task Force on Trafficking in Human Beings, in order to maintain the pursuit of persistent and sustained efforts against trafficking in human beings, for example by measures such as the Nordic Council internal instruction on using only those hotels that can issue a guarantee that they do not engage in any facilitation of selling or buying sexual services;
30. promote the development of an interoperable, coordinated and transparent system for the collection, analysis, exchange and dissemination of information on trafficking in human beings, in order to enhance the understanding of the problem, develop adequate measures against it, improve the capacity to identify victims of trafficking, support investigation and prosecution of trafficking cases, and provide best possible assistance to victims of trafficking;
31. ensure that a victim-centered approach is adopted in all measures and actions against trafficking in human beings, meaning that trafficking is exploitation irrespective of where it takes place or what form it takes, that the human rights of trafficked persons should be at the centre of all efforts against trafficking, that victims should be protected, assisted and empowered, and that victims and relatives of victims should receive unconditional assistance regardless of their status, their willingness to participate in criminal proceedings against traffickers or the kind of exploitation experienced;
32. promote and support the development of the operational capacity to fight trafficking in the field; efficient co-operation models should be developed both between relevant state actors - such as the police, prosecutors, social welfare authorities and migration authorities - and with NGOs, in order to strengthen the chain of assistance and protection of witnesses, victims and relatives of victims and to increase the number of convictions of the perpetrators;

Furthermore the Conference

33. asks the Standing Committee to perform an evaluation of the functioning of the BSPC Joint Financing Mechanism, including a consideration of a possible revision of the procedures for financing the Secretariat function;
34. adopts the amended Rules of Procedure, to take effect after the closure of 19th BSPC;
35. welcomes with gratitude the kind offer of the Parliament of Finland to host the 20th Baltic Sea Parliamentary Conference in Helsinki on 28th - 30th August 2011.

* Parliaments of Free and Hanseatic City of Bremen, Denmark, Estonia, Finland, Federal Republic of Germany, Greenland, Free and Hanseatic City of Hamburg, Latvia, Leningrad, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, European Parliament, Nordic Council.

**Anlage 2
(nichtamtliche Übersetzung)****Ostseeparlamentarierkonferenz
(B S P C)****Geschäftsordnung****für****die Parlamentarierkonferenz,
den Ständigen Ausschuss und den Erweiterten Ständigen Ausschuss**

(verabschiedet von der 8. Parlamentarierkonferenz am 8. September 1999 in Mariehamn,
geändert auf der 11. Konferenz am 1. Oktober 2002 in St. Petersburg,
geändert auf der 14. Parlamentarierkonferenz am 30. August 2005 in Vilnius,
in Kraft nach Beendigung der 14. Konferenz,
geändert auf der 16. Parlamentarierkonferenz am 28. August 2007 in Berlin,
in Kraft nach Beendigung der 16. Konferenz
geändert auf der 18. Parlamentarierkonferenz am 1. September 2009 in Nyborg,
in Kraft nach Beendigung der 18. Konferenz)
geändert auf der 19. Parlamentarierkonferenz am 31. August 2010 in Mariehamn,
in Kraft nach Beendigung der 19. Konferenz)

Präambel**Ziele der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)**

Die Ziele der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) sind:

1. die Initiierung und Begleitung politischer Maßnahmen in der Region,
2. die Unterstützung und Stärkung demokratischer Institutionen in den Teilnehmerstaaten,
3. die Verbesserung des Dialogs zwischen Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaft,
4. die Stärkung der gemeinsamen Identität der Ostseeregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen und regionalen Parlamenten auf gleichberechtigter Grundlage,

5. die Initiierung und Begleitung politischer Maßnahmen in der Ostseeregion, wodurch diese Maßnahmen zusätzliche demokratische Legitimation und parlamentarische Autorität erhalten.

Teil 1

Teilnehmer/Mitglieder

1. Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) setzt sich aus Mitgliedern der nationalen und regionalen Parlamente der 11 Ostseeanrainerstaaten, die dem Ostseerat angehören, sowie aus der Baltischen Versammlung, dem Europäischen Parlament, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dem Nordischen Rat zusammen. Parlamentarische Delegationen bestehen je nach der Größe eines Landes bzw. autonomen Gebiets aus je 2-5 Personen. Die Größe einer Delegation und die Zahl zusätzlicher Teilnehmer werden in Absprache mit dem Parlament des jeweiligen Gastlandes durch den Ständigen Ausschuss festgelegt.
2. Organisationen, die gemäß den als Anhang beigefügten Listen den Status eines Ständigen Teilnehmers oder eines Beobachters genießen, sind einzuladen. Richtlinien für die Gewährung des Beobachterstatus bei der Jahreskonferenz der BSPC sind im Anhang 5 zu finden.

Die jährlich stattfindende Parlamentarierkonferenz

3. Die BSPC veranstaltet einmal jährlich eine Konferenz.
4. Die Tagungsorte wechseln nach dem Rotationsprinzip; sowohl nationale als auch regionale Parlamente können sich um die Ausrichtung der Konferenz bewerben.
5. Die Einladung zur Konferenz wird vom Parlament des jeweiligen Gastlandes ausgesprochen. Die praktische Organisation der Konferenz vor Ort, die Bereitstellung der notwendigen Dokumente, die Presseberichterstattung sowie die Veröffentlichung eines Konferenzberichts obliegen dem jeweiligen gastgebenden Parlament.
6. Alle im Zusammenhang mit der praktischen Durchführung der Konferenz entstehenden Kosten trägt das gastgebende Parlament. Die Kosten für die Teilnahme an der Konferenz (Reisekosten, Kosten für die Unterbringung und sonstige unmittelbar teilnahmebezogene Kosten) tragen die Teilnehmer selbst.
7. Das Tagungsprogramm und die Tagesordnung der Konferenz legt der Ständige Ausschuss in Absprache mit dem gastgebenden Parlament fest.
8. Das gastgebende Parlament führt den Vorsitz auf der Konferenz. Die Debatten während der Konferenz können auf Ersuchen des Vorsitzenden der Konferenz von Mitgliedern des Ständigen Ausschusses geleitet werden.

9. Die Arbeitssprache der Konferenz ist Englisch. Das gastgebende Parlament sorgt für eine Simultanverdolmetschung ins Russische, Skandinavische, Deutsche und, falls möglich, auch in andere Sprachen.
10. Nach Berichten und einleitenden Erklärungen findet eine Generaldebatte statt. Während dieser Aussprache genießen die parlamentarischen Vertreter Vorrang.
11. Beschlüsse im Plenum erfolgen durch Konsens zwischen den parlamentarischen Delegationen in einer endgültigen Abstimmung. Enthaltungen stehen dem Konsens nicht im Wege.
12. Der Entwurf der Konferenzresolution wird durch den Erweiterten Ständigen Ausschuss, der während der Konferenz als Redaktionsausschuss auf der Grundlage gesonderter Vorschriften (Anhang 4) fungiert, vorgelegt. Zur Unterstützung der Debatte und Erleichterung einer Einigung während des Vorbereitungsverfahrens der Schlussresolution entscheidet der Erweiterte Ständige Ausschuss mit einfacher Mehrheit. Abweichende Meinungen können während der Plenarsitzung dargelegt werden.
13. Das Ergebnis der Beratungen wird in einer von der Konferenz verabschiedeten Resolution dokumentiert. Die Konferenz richtet die in der Konferenzresolution enthaltenen Vorschläge und Empfehlungen an den Ostseerat, an Regierungen und Parlamente auf nationaler und regionaler Ebene sowie gegebenenfalls an supranationale Gremien und internationale Organisationen.
14. In der Konferenzresolution legt die Konferenz auf Einladung eines der teilnehmenden Parlamente ein Gastparlament sowie das Datum der nächsten Konferenz fest.

Teil 2

Ständiger Ausschuss und Erweiterter Ständiger Ausschuss

1. Zusammensetzung

1.1 Ständiger Ausschuss

Durch die Baltische Versammlung vertretene Parlamentarier aus den baltischen Ländern und durch den Nordischen Rat vertretene Parlamentarier aus den nordischen Ländern sowie Parlamentarier aus Polen, Deutschland und Russland bilden den Ständigen Ausschuss als das ständige politische Organ der Konferenz.

Die einzelnen Länder bzw. Ländergruppen werden jeweils durch ein Mitglied oder zwei Mitglieder im Ständigen Ausschuss vertreten. Deutschland, die durch den Nordischen Rat vertretenen nordischen Länder und Russland haben je zwei Mitglieder, während die durch die Baltische Versammlung vertretenen baltischen Länder, das Europäische Parlament und Polen jeweils mit einem Mitglied im Ständigen Ausschuss vertreten sind. Die jeweiligen Ländergruppen, Länder und Organisationen ernennen ihre Vertreter nach eigenen Regelungen.

1.2 Erweiterter Ständiger Ausschuss

Der Erweiterte Ständige Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses und je einem Vertreter der anderen teilnehmenden Parlamente zusammen.

Das Gastparlament der nächsten Jahreskonferenz ist ebenfalls im Ständigen Ausschuss vertreten.

2. Aufgaben

2.1 Der Ständige Ausschuss

ist verantwortlich für

- die Organisation der jährlich stattfindenden Konferenz in Zusammenarbeit mit dem gastgebenden Parlament,
- die Verfolgung der Umsetzung der auf den vorhergehenden Konferenzen verabschiedeten Schlussresolutionen,
- die Ausarbeitung eines jährlichen Arbeitsprogramms für die Ostseeparlamentarierkonferenz,
- die Sicherstellung einer effektiven Arbeitsweise der Ostseeparlamentarierkonferenz zwischen den Konferenzen,
- die Vorlage eines jährlichen Berichts über die Aktivitäten der Ostseeparlamentarierkonferenz und das jährliche Arbeitsprogramm.

Er kann sich mit jeder Frage befassen, die für die Ostseeregion von besonderem Interesse und von besonderer Bedeutung ist, und kann dazu, soweit erforderlich, seine Meinung äußern. Entsprechende Stellungnahmen des Ständigen Ausschusses sind der Konferenz vorzutragen.

2.2 Der Erweiterte Ständige Ausschuss

1. Der Ständige Ausschuss tritt mindestens zweimal jährlich in einer erweiterten Zusammensetzung (Erweiterter Ständiger Ausschuss) zusammen.

Der Erweiterte Ständige Ausschuss ist ein beratendes Gremium,

- welches - in seiner Funktion als Redaktionsausschuss - die endgültige Schlussresolution während der Konferenz erarbeitet,
 - sich zwischen Dezember und Februar eines jeden Jahres mit dem Vorsitz des Ostseerats trifft. Dabei wird dem Erweiterten Ständigen Ausschuss vom Vorsitz des Ostseerats ein Bericht über die Umsetzung der Resolutionen und andere aktuelle Fragen in der Region vorgelegt. Der Erweiterte Ständige Ausschuss befasst sich auch mit den Vorbereitungen für die bevorstehende Konferenz.
2. Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses fungiert als Vorsitzender des Erweiterten Ständigen Ausschusses.

3. Der Ständige Ausschuss wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden jeweils für einen Zeitraum, der mit Beendigung der Jahreskonferenz beginnt und mit Beendigung der Jahreskonferenz im folgenden Jahr endet.
4. Die Arbeitssprache des Ständigen Ausschusses ist Englisch.
5. Der Ständige Ausschuss wird durch das Sekretariat unterstützt.
6. Bei Bedarf wird der Ständige Ausschuss mit der Ernennung von Berichterstattern und der Einrichtung von Ad-hoc-Arbeitsgruppen betraut, die aus eigenen Mitgliedern sowie externen Experten und Vertretern des Sekretariats bestehen.
7. Sitzungen des Ständigen Ausschusses werden von dessen Vorsitzenden einberufen.
8. Beschlüsse im Ständigen Ausschuss werden im Konsens gefasst.

2.3 Das Sekretariat

Die Gremien und Aktivitäten der BSPC werden durch ein gemeinsames Sekretariat unterstützt und koordiniert. Die Betriebskosten des Sekretariats werden gemeinsam von allen nationalen und regionalen Parlamenten der BSPC nach den im Anhang 3 festgelegten Prinzipien und dem Kostenschlüssel finanziert.

ANHANG 1

Eingeladene Parlamente und parlamentarische Organisationen

Baltische Versammlung	4-5 Vertreter
Bundesversammlung der Russischen Föderation	4-5 Vertreter
Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg	4-5 Vertreter
Bürgerschaft der Hansestadt Bremen	4-5 Vertreter
Deutscher Bundestag	4-5 Vertreter
Europäisches Parlament	4-5 Vertreter
Landtag Mecklenburg-Vorpommern	4-5 Vertreter
Landtag Schleswig-Holstein	4-5 Vertreter
Nordischer Rat	4-5 Vertreter
Parlament von Åland	2-3 Vertreter
Parlament von Dänemark	4-5 Vertreter
Parlament von Estland	4-5 Vertreter
Parlament der Färöer-Inseln	2-3 Vertreter
Parlament von Finnland	4-5 Vertreter
Parlament von Grönland	2-3 Vertreter
Parlament von Island	4-5 Vertreter
Parlament der Region Kaliningrad	4-5 Vertreter
Parlament der Republik Karelien	4-5 Vertreter
Parlament der Region Leningrad	4-5 Vertreter
Parlament von Lettland	4-5 Vertreter
Parlament von Litauen	4-5 Vertreter
Parlament von Norwegen	4-5 Vertreter
Parlament der Stadt St. Petersburg	4-5 Vertreter
Parlament von Polen	4-5 Vertreter
Parlament von Schweden	4-5 Vertreter
Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	4-5 Vertreter
Parlamentarische Versammlung des Europarats	4-5 Vertreter

ANHANG 2

Eingeladene Beobachter

1. Adriatisch-Ionische Initiative (AII)
2. Ständiger Ausschuss der Parlamentarier der Arktischen Region
3. Baltischer Ministerrat
4. Baltisches Entwicklungsforum (BDF)
5. Ostseekommission (CPMR)
6. Ostseeforum - Pro Baltica
7. Universitätsnetz der Ostseeregion (BSRUN)
8. Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC)
9. Ostsee-Jugendforum
10. GUS-IPV Gemeinschaft Unabhängiger Staaten - Interparlamentarische Versammlung
11. Ostseerat (CBSS)
12. Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union
13. Europäische Kommission
14. FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen)
15. Helsinki-Kommission
16. Interparlamentarische Union (IPU)
17. NGO-Forum
18. Nordischer Ministerrat
19. Parlamentarischer Verband von Nordwest-Russland
20. Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC)
21. BASTUN (Ostseegewerkschaftsnetz)
22. Union of the Baltic Cities (UBC)
23. Nordische Investitionsbank (NIB)
24. Nordische Umweltfinanzierungsgesellschaft (NEFCO)

Gemeinsame Finanzierung des BSPC-Sekretariats

1. Die nationalen und regionalen Mitgliedsparlamente der BSPC haben sich schriftlich im Verlaufe der letzten Jahreshälfte 2005 über eine gemeinsame Finanzierung der Betriebskosten des BSPC-Sekretariats verständigt.
2. Ausgehend von den geschätzten jährlichen Betriebskosten des Sekretariats im Jahre 2006 - 112.000 Euro - wurde ein Kostenschlüssel erarbeitet, welcher auf der vom CBSS verwendeten Formel basiert, jedoch dahingehend geändert wurde, dass auch regionale Parlamente miteinbezogen werden. Der jeweilige Kostenanteil der BSPC-Mitglieder ist im nachstehenden Absatz 6 aufgeführt.
3. Die gemeinsamen finanziellen Ressourcen des BSPC-Sekretariats sind u. a. vorgesehen für:
 - Reisekosten des Sekretariates zu Sitzungen des Ständigen Ausschusses, zu Sekretariatstreffen und anderen zweckdienlichen Treffen und Konferenzen;
 - Verbindungsaktivitäten zum CBSS;
 - Erarbeitung und Druck des BSPC-Konferenzberichts;
 - Informationsaktivitäten und Pflege der Website (www.bspc.net)
 - Verdolmetschung bei Sitzungen des Ständigen Ausschusses
 - gemeinsame Ausgaben in Bezug auf den Erweiterten Ständigen Ausschuss.
4. Ein speziell für die gemeinsamen Finanzbeiträge vorgesehenes Bankkonto wurde bei der *Danske Bank* eröffnet. Die technischen Modalitäten für die Überweisung der Beiträge wurden den Mitgliedern der BSPC mitgeteilt.
5. Eine Buchprüfung über die Verwendung der Gelder erfolgt jährlich. Die erste Buchprüfung wird im Frühjahr 2008 durch die *Dänische Rigsrevisionen* (das dänische nationale Buchprüfamt) durchgeführt.

6. Die Kosten verteilen sich wie folgt auf die Mitglieder der BSPC:

auf die „großen“ Staaten:

Dänemark	10.483,20 Euro
Deutschland	10.483,20 Euro
Finnland	10.483,20 Euro
Norwegen	10.483,20 Euro
Polen	10.483,20 Euro
Russland	10.483,20 Euro
Schweden	10.483,20 Euro
Gesamt	73.382,40 Euro

auf die „kleinen“ Staaten:

Estland	3.494,40 Euro
Island	3.494,40 Euro
Lettland	3.494,40 Euro
Litauen	3.494,40 Euro
Gesamt	13.977,60 Euro

auf die regionalen Parlamente:

Åland	2.240,00 Euro
Bremen	2.240,00 Euro
Faröer Inseln	2.240,00 Euro
Grönland	2.240,00 Euro
Hamburg	2.240,00 Euro
Kaliningrad	2.240,00 Euro
Karelien	2.240,00 Euro
Leningrad	2.240,00 Euro
Mecklenburg-Vorpommern	2.240,00 Euro
St. Petersburg	2.240,00 Euro
Schleswig-Holstein	2.240,00 Euro
Gesamt:	24.640,00 Euro

Insgesamt: 112.000,00 Euro

ANHANG 4

Geschäftsordnung für den Erweiterten Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz in seiner Funktion als Redaktionsausschuss

1. Die Ergebnisse der alljährlichen parlamentarischen Konferenzen werden in einer von der Konferenz verabschiedeten Konferenzresolution dokumentiert. Ein Entwurf der vom Ständigen Ausschuss erarbeiteten Resolution bildet die Grundlage für die Beratungen des Redaktionsausschusses. Ein vorläufiger Entwurf wird den Delegationen spätestens sechs Wochen vor der Jahreskonferenz übermittelt.
2. Jede parlamentarische Delegation entsendet ein von ihr benanntes Mitglied in den Redaktionsausschuss, der den Entwurf der Konferenzresolution vorlegt. Ein stellvertretendes Mitglied ist nur dann zulässig, wenn das ordentliche Mitglied verhindert ist. Das ordentliche Mitglied und das stellvertretende Mitglied müssen gewählte Parlamentsmitglieder sein.
3. Vor Beginn der Konferenz informiert jede Delegation das Sekretariat über ihr für den Redaktionsausschuss benanntes ordentliches und stellvertretendes Mitglied.
4. Pro Delegation kann ein Verwaltungsmitarbeiter/eine -mitarbeiterin das Mitglied bei seiner Arbeit im Redaktionsausschuss unterstützen.
5. Arbeitssprache im Redaktionsausschuss ist Englisch.
6. Änderungsanträge zum Resolutionsentwurf müssen dem Sekretariat spätestens eine Woche vor der ersten Sitzung des Redaktionsausschusses übermittelt werden. Sie müssen sich auf das Thema der Konferenz beziehen. Der Redaktionsausschuss entscheidet über diese Änderungsanträge mit einfacher Mehrheit.
7. Das Sekretariat der BSPC ist für die redaktionelle Überarbeitung der Schlussfassung der verabschiedeten Resolution zuständig.

Beobachter bei der Jahreskonferenz der BSPC – Richtlinien

Richtlinien

1. Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) begrüßt das verstärkte Interesse an ihrer Tätigkeit und an Beiträgen zur Verfolgung ihrer Ziele.
2. Die Parlamente und parlamentarischen Organisationen der an die Ostseeregion angrenzenden Gebiete sowie weitere Organisationen, die sich für die Belange der Ostseeregion interessieren oder einsetzen, werden eingeladen, den Beobachterstatus in der BSPC zu beantragen.
3. Die jährlich stattfindende Ostseeparlamentarierkonferenz entscheidet einstimmig über die Gewährung des Beobachterstatus für einen Antragsteller. Eine Liste der Beobachter bei der Jahrestagung der BSPC ist in Anhang 2 der Geschäftsordnung der BSPC zu finden.
4. Die Beobachter müssen sich an den Auftrag, die Ziele und die Grundsätze der BSPC halten, die in der Geschäftsordnung der BSPC und weiteren Grundsatzdokumenten dargelegt sind.
5. Die Beobachter werden automatisch zur Teilnahme an der jährlich stattfindenden Tagung der Ostseeparlamentarierkonferenz eingeladen. Sie unterliegen den allgemeinen Regeln der Konferenz. Als Vertreter von Beobachtern haben Parlamentarier bei der Konferenz Rederecht. Die Beobachter dürfen während der Tagung nicht an den Beratungen der BSPC-Gremien oder an ihren Entscheidungsverfahren teilnehmen.
6. Die Beobachter können eingeladen werden, sich an den Aktivitäten anderer BSPC-Gremien, z. B. der BSPC-Arbeitsgruppen, zu beteiligen.
7. Die Beobachter werden ermutigt, sich aktiv für die Belange der BSPC einzusetzen und zur Verbreitung der Entschlüsse der BSPC und weiterer Erklärungen und Stellungnahmen beizutragen.
8. Der Erweiterte Ständige Ausschuss der BSPC ist befugt, den Beobachterstatus eines Organs zu überprüfen und gegebenenfalls aufzuheben.



Baltic Sea Parliamentary Conference (B S P C)

Rules of Procedure for the Parliamentary Conference, the Standing Committee, the Enlarged Standing Committee, and the Drafting Committee

(approved by the 8th Parliamentary Conference on 8th September 1999 in Mariehamn; amended at the 11th Conference in St Petersburg on 1st October 2002; amended by the 14th Parliamentary Conference in Vilnius on 30th August 2005, valid after the 14th Conference has been closed; amended by the 16th Parliamentary Conference in Berlin on 28 August 2007, valid after the 16th Conference has been closed; amended by the 18th Parliamentary Conference in Nyborg on 1 September 2009, valid after the 18th Conference has been closed; amended by the 19th Parliamentary Conference in Mariehamn on 31 August 2010, valid after the 19th Conference has been closed)

Preamble

Objectives of the Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The Conference, BSPC, shall

- 1) initiate and guide political activities in the region
- 2) support and strengthen democratic institutions in the participating states
- 3) improve dialogue between governments, parliaments and civil society
- 4) strengthen the common identity of the Baltic Sea Region by means of close co-operation between national and regional parliaments on the basis of equality
- 5) initiate and guide political activities in the Baltic Sea Region, endowing them with additional democratic legitimacy and parliamentary authority

Part 1

Participants/Members

1. The Baltic Sea Parliamentary Conference BSPC shall be composed of members of national and regional parliaments from the 11 Baltic Sea States, which are members of the CBSS; and the Baltic Assembly, European Parliament, PACE and Nordic Council. Parliamentary delegations consist of 2-5 persons according to the size of the country or autonomous area. The size of delegation and the number of additional participants are decided by the Standing Committee in consultation with the Host Parliament.
2. Organisations granted Permanent Participant status or Observer status, according to the annexed lists are to be invited. Guidelines for granting Observer status to the annual BSPC Conference are found in Annex V.

The Annual Parliamentary Conference

3. Conferences shall be held annually.
4. The venue follows the principle of rotation; national as well as regional parliaments are entitled to apply for hosting the conference
5. The Host Parliament issues invitations to the conference. It is responsible for practical arrangements, provides the necessary documentation and press coverage and publishes a conference report.
6. The Host Parliament covers all costs for practical arrangements in connection with the conference. All participants cover their own costs for taking part in the conference (travel, accommodation and other direct costs related to participation).
7. The programme and agenda of the conference are decided by the Standing Committee in consultation with the Host Parliament.
8. The conference is chaired by the Host Parliament. The debates during the conference may be led by members of the Standing Committee at the request of the chairman of the conference.
9. The working language of the conference is English. The Host Parliament shall provide interpretation into Russian, Scandinavian, German and, if possible, into other languages as well.
10. After reports and introductory statements, a general discussion will be held. During this discussion priority is given to the parliamentary representatives
11. Decisions in plenary session shall be made by consensus between the parliamentary delegations in a final vote. Abstentions do not disrupt the consensus.

12. The draft conference resolution is submitted by the Enlarged Standing Committee, acting during the conference as Drafting Committee on the basis of separate orders (Annex 4). In order to favour the debate and to facilitate agreement during the preparatory procedure of the

final resolution, the Drafting Committee decides by simple majority. Dissenting views may be explained at the Plenary Session.

13. The result of the deliberations is documented in a conference resolution approved by the conference. The conference addresses the proposals and recommendations included in the conference resolution to the CBSS, to governments and parliaments on the national and regional level as well as to supranational bodies and international organisations as appropriate.

14. In the conference resolution the conference designates a Host Parliament for the next conference at the invitation of one of the participating parliaments and fixes the date.

Part 2

Standing Committee and Enlarged Standing Committee

1. Composition

1.1 Standing Committee

Parliamentarians of the Baltic Countries represented through the Baltic Assembly, of the Nordic Countries through the Nordic Council, of Poland, Germany and Russia form the Standing Committee as the permanent political body of the conference.

The country groups and countries are represented by one or two member(s) each in the Standing Committee. Germany, the Nordic countries represented through the Nordic Council, and Russia have two members, while the Baltic Countries represented through the Baltic Assembly, European Parliament and Poland have one member each. Each country group, country and organisation appoints its member(s) according to its own rules.

1.2 Enlarged Standing Committee

The Enlarged Standing Committee consists of the members of the Standing Committee and one representative from each of the other participating parliaments.

The Host Parliament of the next annual conference shall be represented in the Standing Committee.

2. Tasks

2.1 The Standing Committee

is responsible for

- arranging the annual conference in co-operation with the Host Parliament
- following up on the implementation of the final resolutions approved by the preceding conferences
- drafting an annual work programme for the BSPC
- ensuring the effective operation of the BSPC between the conferences
- submitting an annual report to the Conference on the activities of the BSPC and on the annual work programme.

may consider any matter of specific interest and relevance for the Baltic Sea Region, and may, if needed, give its opinion on such issues. Statements given by the Standing Committee shall be reported to the conference.

2.2 The Enlarged Standing Committee

1. The Standing Committee meets at least twice a year in an enlarged composition (Enlarged Standing Committee).

The Enlarged Standing Committee is a consultative body

- preparing - in its function as Drafting Committee - the final draft resolution during the conference (see Annex 4)
 - meeting annually in December - February with the CBSS Chair. The Enlarged Standing Committee receives a report from the CBSS chair on implementation of the resolutions and other current questions in the region. It also considers the preparations for the upcoming conference.
2. The chairman of the Standing Committee acts as chair of the Enlarged Standing Committee.
 3. The Standing Committee elects a chairperson and a vice-chair for a period starting at the closure of the annual conference and continuing until the end of the following conference.
 4. The working language of the Standing Committee is English.
 5. The Standing Committee is supported by the Secretary Level.
 6. As far as needed the Standing Committee is entrusted to nominate rapporteurs and to set up ad hoc-working groups based on its members as well as on external experts and the Secretary level.
 7. Meetings of the Standing Committee take place at the call of the Chairman.
 8. Decisions in the Standing Committee are made by consensus.

2.3 The Secretariat

The bodies and activities of the BSPC are supported and coordinated by a joint Secretariat. The operating costs of the Secretariat are jointly financed by all national and regional parliaments of the BSPC, according to the principles and cost-sharing model described in Annex 3.

ANNEX 1

Invited Parliaments and Parliamentary Organisations

Baltic Assembly	4-5 representatives
European Parliament	4-5 representatives
Federal Assembly of the Russian Federation	4-5 representatives
Nordic Council	4-5 representatives
Parliament of Åland	2-3 representatives
Parliament of Denmark	4-5 representatives
Parliament of Estonia	4-5 representatives
Parliament of Faeroe Islands	2-3 representatives
Parliament of Finland	4-5 representatives
Parliament of the Federal Republic of Germany	4-5 representatives
Parliament of Free and Hanse City of Bremen	4-5 representatives
Parliament of Free and Hanse City of Hamburg	4-5 representatives
Parliament of Greenland	2-3 representatives
Parliament of Iceland	4-5 representatives
Parliament of Kaliningrad Region	4-5 representatives
Parliament of the Karelian Republic	4-5 representatives
Parliament of Latvia	4-5 representatives
Parliament of the Leningrad Region	4-5 representatives
Parliament of Lithuania	4-5 representatives
Parliament of Mecklenburg-Vorpommern	4-5 representatives
Parliament of Norway	4-5 representatives
Parliament of Poland	4-5 representatives
Parliament of the City of St Petersburg	4-5 representatives
Parliament of Schleswig-Holstein	4-5 representatives
Parliament of Sweden	4-5 representatives
Parliamentary Assembly of the Council of Europe	4-5 representatives
Parliamentary Assembly of the Organization for Security and Co-operation in Europe	4-5 representatives

ANNEX 2

Invited Observers to the BSPC Annual Conference

1. Adrian-Ionian Initiative (AII)
2. Standing Committee of Parliamentarians of the Arctic Region (SCPAR)
3. Baltic Council of Ministers
4. Baltic Development Forum (BDF)
5. Baltic Sea Commission/CPMR
6. Baltic Sea Forum - Pro Baltica
7. Baltic Sea Region University Network (BSRUN)
8. Baltic Sea States Sub-Regional Co-operation (BSSSC)
9. Baltic Sea Youth Forum
10. Inter-Parliamentary Assembly of the Commonwealth of Independent States (CIS-IPA)
11. Council of Baltic Sea States (CBSS)
12. Conference of Community and European Affairs Committees of Parliaments of the European Union (COSAC) Secretariat
13. European Commission
14. FUEN (Federal Union of European nationalities)
15. Helsinki Commission (HELCOM)
16. Inter-Parliamentary Union (IPU)
17. NGO Forum
18. Nordic Council of Ministers
19. Parliamentary Association of North-West Russia (PANWR)
20. Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Co-operation (PABSEC)
21. Baltic Sea Trade Union Network (BASTUN)
22. Union of the Baltic Cities (UBC)
23. Nordic Investment Bank (NiB)
24. Nordic Environment Finance Corporation (NEFCO)

ANNEX 3

Joint Financing of the BSPC Secretariat

1. The national and regional member parliaments of the BSPC have, by way of correspondence during the last half of 2005, agreed on a joint financing of the operating costs of the BSPC Secretariat.
2. Based on the estimated annual operating costs of the Secretariat in 2006 - €112.000 - a cost-sharing model, based on the formula used by the CBSS but modified to include also regional parliaments, have been elaborated. The respective cost shares of the BSPC members are listed in paragraph 6 below.
3. The joint financial resources of the BSPC Secretariat should be allocated to, i.a.,
 - travelling expenses for the Secretariat to Standing Committee meetings, Secretary Level meetings and other relevant meetings and conferences;
 - liaison activities with CBSS;
 - compilation and printing of the BSPC Conference Report;
 - information activities and maintenance of the website (www.bspc.net);
 - interpretation at Standing Committee meetings;
 - joint expenses concerning the Enlarged Standing Committee.
4. A bank account specifically intended for the joint financial contributions has been opened in the *Danske Bank*. The technical modalities for transferring contributions have been forwarded to the members of the BSPC.
5. An audit of the usage of the account will be made annually. The first audit will be carried out in spring 2008 by the Danish *Rigsrevisionen* (the Danish National Audit Office).
6. The cost shares of the members of the BSPC are the following:

From the "big" countries:

Denmark	10,483,20	EURO
Finland	10,483,20	EURO
Germany	10,483,20	EURO
Norway	10,483,20	EURO
Poland	10,483,20	EURO
Russia	10,483,20	EURO
Sweden	10,483,20	EURO
Total	73,382,40	EURO

From the "small" countries:

Estonia	3,494,40	EURO
Iceland	3,494,40	EURO
Latvia	3,494,40	EURO
Lithuania	3,494,40	EURO
Total	13,977,60	EURO

From Regional parliaments:

Bremen	2,240,00	EURO
Faro Island	2,240,00	EURO
Greenland	2,240,00	EURO
Hamburg	2,240,00	EURO
Kaliningrad	2,240,00	EURO
Karelia	2,240,00	EURO
Leningrad	2,240,00	EURO
Mecklenburg-Vorpommern	2,240,00	EURO
St Petersburg	2,240,00	EURO
Schleswig-Holstein	2,240,00	EURO
Åland	2,240,00	EURO
Total	24,640,00	EURO
Total	112,000,00	EURO

Rules of procedure for the Enlarged Standing Committee of the Baltic Sea Parliamentary Conference, acting as Drafting Committee during the Conference.

1. The results of the annual Parliamentary Conferences are documented in a conference resolution approved by the conference. A draft version of the resolution drawn up by the Standing Committee forms the basis of the Drafting Committee's deliberations. A draft baseline resolution shall be forwarded to the delegations no later than six weeks prior to the annual conference.
2. The draft conference resolution is submitted by the Drafting Committee consisting of one person appointed by each parliamentary delegation. A deputy is admissible only in case the appointed member is prevented from attending. The member and the deputy shall both be elected Members of Parliament.
3. Before the beginning of the conference, each delegation shall inform the Secretariat about its appointment of a member of the Drafting Committee and a deputy.
4. One staff person per delegation is admitted to assist the member of the Drafting Committee in the proceedings.
5. The working language of the Drafting Committee is English.
6. Motions for amendments to the draft resolution should be submitted to the Secretariat no later than one week before the first meeting of the Drafting Committee. They shall refer to the topics of the conference. The Drafting Committee decides on these amendments by simple majority.
7. The BSPC Secretary Level is responsible for the editorial revision of the final version of the adopted resolution.

Observers to the BSPC Annual Conference – Guidelines

Guidelines

1. The Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) welcomes a widened interest in its work and in contributing to the pursuit of its objectives;
2. Parliaments and parliamentary organizations in the area adjacent to the Baltic Sea Region, as well as other organizations engaged or interested in the issues of the Baltic Sea Region, are invited to apply for Observer status in the BSPC;
3. The annual conference of the BSPC decides by unanimity on the granting of Observer status to an applicant. A list of Observers to the BSPC Annual Conference is found in Annex 2 of the BSPC Rules of Procedure;
4. Observers must adhere to the mission, objectives and principles of the BSPC, as stated in the BSPC Rules of Procedure and other basic documents;
5. Observers are automatically invited to the annual Baltic Sea Parliamentary Conference. They are subject to the general Conference rules. Parliamentarians belonging to the Observers have the right to speak at the Conference. Observers are not entitled to take part in the deliberations of the BSPC bodies during the Conference or in its decision-making procedures;
6. Observers may be invited to attend the activities of other BSPC bodies, such as e.g. the BSPC Working Groups;
7. Observers are encouraged to take an active interest in the issues of the BSPC and to contribute to the dissemination of BSPC resolutions and other statements and opinions;
8. The Enlarged Standing Committee of the BSPC has the right to review and, if deemed appropriate, annul the Observer status of a body.